Dienstag, 11. April 1922. Einzelnummer 15 Mark. 61. Jahrgang. Nr. 82.

Erscheint an allen Werktagen.
Bezugspreis M.
in der Geschäftsstelle 250.—
in den Ausgabestellen 260.—
durch Zeitungsboten 300.—
am Postamt . . . . . 275.—
ins Ausland 20 deutsche Mark.

Fernsprecher: 4246, 2273. 3110 3249.

Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Posener Tageblatt
(Posener Warte)

Anzeigenpreis: f. d. Grundschriftzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens . 50.—M. Reklameteil 150.—M.
Für Aufträge aus Deutschland . 3.50 M. im Reklameteil 10.—M in deutscher Mark.

Telegrammadresse: Tageblatt Poznań.

Czekowe Konto für Polen: P. K. O. Nr. 20 283 in Poznań

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Uebertriebene Befürchtungen.

Jede vom Bezirkslandamt oder von sonstigen polnischen Behörden gegen deutsche Grundbesitzer getroffene Maßnahme zieht ihre Wellenkreise weit über die davon unmittelbar Berührten und Bedrohten hinaus. Als das Thema „Liquidation“ an der Tagesordnung war, da glaubten Leute, die schon seit Jahrzehnten hier ansässig waren, davon bedroht zu sein und schnell vorher Hals über Kopf verkaufen zu müssen. Als das Bezirkslandamt mit der Massenkündigung auf Grund des Gesetzes vom 14. Juli 1920 einsetzte, da warteten Leute verängstigt auf den blauen Brief, die auf Grund und Boden saßen, der nie oder doch seit langen Jahren nicht mehr Staatsland gewesen war, lediglich weil ihnen ihr privater Verkäufer nach dem 11. November 1918 aufgelassen hatte. Wegen der Vererbung machen sich Leute Kopfschmerzen, die freie Grundstücke ohne jede Belastung zugunsten des Staates ihr eigen nennen. Und seit nun seit einigen Wochen das Bezirkslandamt den Versuch macht, auf eine ganze Reihe von Gutsbesitzern das Agrarreformgesetz anzuwenden, fürchtet jeder kleine Bauer demnächst auch „reformiert“ zu werden. Wir haben seinerzeit bei Erlaß der Agrarreformgesetzgebung auf deren Inhalt bereits hingewiesen; im vollständigen Wortlaut ist die Agrarreformgesetzgebung bereits im Frühjahr 1921 in den vom Posener Deutschtumsbund herausgegebenen „Polnischen Gesetzen und Verordnungen in deutscher Übersetzung“ erschienen. Um aber die grassierenden Befürchtungen auf das richtige Maß zurückzuführen, erscheint es zweckmäßig, doch noch einmal kurz zusammenzufassen, wann überhaupt eine Möglichkeit zur Anwendung der Agrarreform vorliegt, welche Rechtsmittel gegen ihre Anwendung gegeben sind, und welches wirtschaftliche Ergebnis die Durchführung der Agrarreform zeitigt.

Zunächst können diejenigen Besitzer des ehem. preußischen Teilgebiets beruhigt schlafen, die nicht mehr als 180 Hektar Land ihr eigen nennen, es sei denn, daß sie unter die nachstehend erwähnten 7 Kategorien fallen, bei denen eine Enteignung ohne Rücksicht auf die Größe des Besitzes und ohne Beschränkung auf eine bestimmte dem Eigentümer zu belassende Fläche möglich ist. In den Kreisen Pleschen, Kempen, Schildberg, Adelnau, Jarotschin, Ostrowo, Schroda, Wreschen, Witkowo, Mogilno, Strelno und Inowrocław beträgt die enteignungsfreie Bodenfläche statt 180 Hektar sogar 400 Hektar. — Die genannten 7 Kategorien sind: 1. zum Nachteil der Produktion unordentlich bewirtschaftete Güter, 2. wird parzellierte Güter, 3. zwischen 1. August 1914 und 14. September 1919 erworbene Güter von Nichtlandwirten, 4. Güter, die in den letzten 5 Jahren mehr als zweimal durch Rechtsgeschäft unter Lebenden den Eigentümer gewechselt haben, 5. im Kriege aus Wuchergewinnen erworbene Güter 6. Güter, deren Eigentümer seit Bestehen der ehem. preußischen Ansiedlungskommission Land an die Teilungsstaaten zur Parzellierung verkauft haben. 7. Landgüter in der Nachbarstadt von Großstädten und Industriegebieten, die zum Wohnungsbau benötigt werden. In jedem Kreise dürfen Güter der höheren Kategorie erst nach Erschöpfung sämtlicher vorhergehenden Kategorien zur Enteignung herankommen, und erst nach Erschöpfung all dieser 7 Kategorien in dem betreffenden Kreise dürfen sonstige Güter dem Zwangsankauf unterworfen werden. Bei diesen Gütern müssen aber dem Eigentümer die oben angegebenen Hektarmengen belassen werden. Selbstverständlich darf die Enteignung nur wirklich zu Siedelungszwecken und nicht zu anderen Zwecken angewandt werden, auch nicht zum Zweck der Aufspeicherung von Staatsland.

Durch ein ganz formell ausgestaltetes Enteignungsverfahren wird der Betroffene nach Möglichkeit davor geschützt, zu unrecht enteignet zu werden, indem etwa die Agrarbehörden das Gesetz falsch und willkürlich anwenden oder etwas in seine Bestimmungen hineinlegen, was bei objektiver Auslegung in ihnen nicht zu finden ist. Der Gang des Verfahrens ist der: Auf Antrag der Kreislandkommissars bzw. Bezirkslandamtes faßt die Bezirkslandkommission den Beschluß, an die Enteignung eines bestimmten Objektes heranzugehen (gleichzeitig Eintragung einer Vormerkung im Grundbuch). Der Eigentümer wird davon benachrichtigt unter Setzung einer 30tägigen Frist zum freihändigen Verkauf an den Staat. Ein solcher Verkauf ist nach den für die Taxen bei der Enteignung maßgebenden Grundsätzen möglich. Nach fruchtlosem Ablauf der Frist beraumt das Bezirkslandamt eine öffentliche Sitzung, zu der der Eigentümer hinzuzuziehen ist, und trifft in dieser Entscheidung über Eintritt in die Enteignung. Gegen diese Entscheidung steht dem Eigentümer sowohl wie dem Bezirkslandamt binnen 30 Tagen nach Zustellung der Entscheidung die Berufung an die Hauptlandkommission in Warschau zu. Deren Entscheidung kann nur noch bei Verletzung von Rechtsnormen durch binnen 60 Tagen nach Zustellung beim Obersten Gericht in Warschau anzustrengende Klage angefochten werden. Diese Klage hemmt die Vollstreckung nicht. Mit Rechtskraft der Enteignungsentscheidung ist das Bezirkslandamt berechtigt, sich in den Besitz des betreffenden Grundstückes zu setzen und die grundbuchliche Umschreibung herbeizuführen. In entsprechendem Verfahren wird die Festsetzung des Kaufpreises und ähnlich die Aussonderung der dem Eigentümer verbleibenden Fläche durchgeführt.

Das wirtschaftliche Ergebnis der Enteignung stellt sich nach den gesetzlichen Bestimmungen wie folgt: Der Enteignungspreis soll gleich der Hälfte des durchschnittlichen Marktpreises sein, der für Güter ähnlichen Umfanges in der betreffenden Gegend gezahlt wird. Zugrunde gelegt sollen werden die in den letzten 6 Monaten tatsächlich erfolgten Verkäufe. Besonders zu vergüten sind: für nach dem 1. August 1914 errichtete Wirtschaftsbaulichkeiten der für die Zeit des Baues maßgebende Wert, für nach dem 1. August 1914 vorgenommene Meliorationen und für Ausgaben für die letzte Ackerbestellung, Kunstdünger und Saatgut ihr Wert zurzeit der Vornahme der Meliorationen und Ausgaben. Das lebende und tote Inventar unterliegt nicht der Enteignung, ebensowenig im Gebiet des Guts befindliche, aber nicht zur Wirtschaft gehörige oder mit ihr verbundene Bauten nebst dem zu ihrer normalen Benutzung erforderlichen Boden. Über Art und Zeit der Auszahlung trifft ein besonderes provisorisches Gesetz Bestimmung, das Ausstellung eines verzinslichen Schuldscheins vorsieht, der später in Obligationen umzutauschen ist.

Die Liquidierungsfrage in Oberschlesien.

Kattowitz, 10. April. Das Wolff-Bureau berichtet aus Genf: Am Sonnabend nachmittag trafen der ehemalige Minister und gegenwärtige deutsche Bevollmächtigte Schiffer und der Staatssekretär Lewald in Genf ein, um an dem Vermittlungsversuche in der Angelegenheit der Liquidierung des deutschen Eigentums in Oberschlesien teilzunehmen. Wie bekannt, hat Calonder den deutschen und den polnischen Delegierten zu sich gebeten, um ein Einvernehmen zwischen beiden Delegierten zu erzielen. Diese Zusammenkunft fand am Sonnabend nachmittag bei Herrn Calonder statt. Wie aus dem amtlichen Bericht des Völkerbund-Sekretariats über den Verlauf dieser Zusammenkunft hervorgeht, bat Dr. Calonder beide Bevollmächtigte, noch einmal in Verhandlungen in der Frage der Liquidierung einzutreten und ihm die Ergebnisse bis Dienstag den 11. d. Mts., 6 Uhr abends, mitzuteilen. Für den Fall, daß ein günstiges Ergebnis nicht zustande kommen sollte, wird Calonder am Mittwoch seinen Schiedsspruch fällen. Die neuen Verhandlungen über die Liquidierungsangelegenheit beginnen heute, am Montag.

Polens Anteil am früheren deutschen Staatsbesitz in Danzig.

Danzig 10. April. (Telunion.) Die Warschauer „Rzeczpospolita“ bringt eine Zusammenstellung des Wertes des an Polen zugeteilten ehemaligen Reichs- und Staatseigentums im Gebiet der Freien Stadt Danzig. Der Anteil Polens repräsentiere danach einen Gesamtwert von 76½ Millionen Goldmark. Davon entfallen nach Rechnung der „Rzeczpospolita“ auf die Eisenbahnen 46 Millionen Goldmark, auf die Hälfte der Werft und der Eisenbahnhauptwerkstätte 12 Millionen, auf die Einrichtungen der Gewehrfabrik 13 Millionen auf die Naphthareservoire im Marine-Kohlenlager 900 000 Mark, auf Bauten, Kasernen und Plätze entfallen 2½ Millionen Mark. Den größten Wert repräsentieren von letzteren die Artillerie-Kasernen in Neufahrwasser mit 540 000 Mark. Das ehemalige Auswandererlager im Munitionshof komme auf 335 000 Mark, das Gebäude der Weichselstrombauverwaltung auf Neugarten kostet 350 000 Mark. Die Gesamtsumme von 76½ Millionen Goldmark stellt nach dem gegenwärtigen Kurs etwa 3 39 Milliarden deutsche Papiermark oder rund 44 Milliarden polnische Mark dar.

Einlenken der Reparationskommission.

Paris 10. April. In den maßgebenden Kreisen wird erklärt, daß zwischen Berlin und Paris seit kurzem ein reger Meinungsaustausch stattfindet, der sich ungefähr auf die Formel bringen läßt, daß die Wiederherstellungskommission der Regierung inoffiziell nahelegte, in ihrer Antwort auf die Reparationsnote praktische Vorschläge für die Aufnahme einer internationalen Anleihe für Deutschland zu machen.

Die internationale Reparationsanleihe.

Paris, 10. April. Die Reparationskommission hat sich nunmehr über die Zusammensetzung einer Studienkommission zur Beratung der Möglichkeit einer internationalen Reparationsanleihe geeinigt. Der englische Antrag, daß die deutsche Regierung durch einen offiziellen Delegierten in diesem Komitee vertreten sein solle, der von französischer Seite scharf bekämpft worden ist, hat schließlich Annahme gefunden. Das Komitee hat sich besonders mit folgenden Fragen zu befassen:

1. Unter welchen Bedingungen ist die Aufnahme einer internationalen Anleihe zum Zweck der Liquidierung eines Teiles der deutschen Schuld möglich? Mit welchem Betrage wird man unter Berücksichtigung der gegebenen Umstände in der nächsten Zukunft und besonders im Verlaufe der beiden nächsten Jahre rechnen können?

2 Welche Garantien können den Geldgebern gewährt werden, ohne daß dadurch die Sicherheit der künftigen deutschen Reparationszahlungen gefährdet wird?

8 Auf welche Art und Weise sind die für den Dienst einer internationalen Anleihe zur Verfügung gestellten Einnahmen und Pfänder zu überwachen und zu verwalten, und in welcher Weise sind die Kompetenzen der deutschen Regierung, der Reparationskommission und der Vertretung der Anleihegläubiger abzugrenzen.

Die Entente-Bedingungen für Bulgarien.

Sofia, 10. April. (Tel.-Union.) Die interalliierte Demobilmachungskommission hat der bulgarischen Regierung eine Note überreicht, in welcher sie verlangt, daß ein Gesetz betr. die vollständige Entwaffnung der Zivilbevölkerung angenommen wird. Die Zivilbevölkerung muß alle Waffen ohne Unterschied abliefern. Weiter wurde eine Note überreicht, in welcher verlangt wird, daß die Zollämter in Bulgarien in die Verwaltung der interalliierten Kommission übernommen werden sollen. Der Banknotenumlauf wird kontrolliert werden. Bulgarien darf keinerlei Konzessionen bezüglich der Ausnutzung der Naturschätze ohne vorherige Bewilligung der interalliierten Kommission erteilen. Nur unter diesen Bedingungen ist die Reparationskommission bereit, Bulgarien eine Frist von drei Jahren zur Zahlung der Reparationen zu gewähren. Die Beantwortung der Note wird bis zum 30. April gefordert. Diese harten Bedingungen haben in ganz Bulgarien große Befürchtungen hervorgerufen. Die bulgarische Delegation wird auf der Konferenz von Genua verlangen, daß diese harten Bedingungen gemildert werden.

Der Beginn der großen Konferenz.

Die Tagesordnung der Konferenz.

Genua, 9. April. Nach Meldungen hiesiger Blätter ist die Tagesordnung für die Genua-Konferenz noch nicht festgesetzt worden. Erst heute, in der Konferenz zwischen dem italienischen Ministerpräsidenten Facta, dem Außenminister Schanzer und den Delegierten Englands und Frankreichs wird die Festsetzung der Tagesordnung erfolgen. Eins steht jedoch schon fest: daß nämlich in der ersten Sitzung der Konferenz, die am Montag um 2 Uhr nachmittags stattfinden wird, Facta, Lloyd George und Barthou Reden halten werden. Erst war festgesetzt worden, daß nur der italienische Ministerpräsident sprechen sollte; jedoch forderte Lloyd George, daß man ihm Gelegenheit geben möge, eine Rede zu halten, weil die öffentliche Meinung in England seine Erklärung erwartet, die in der ganzen Welt ein lautes Echo finden wird. Angesichts dessen bat auch der Delegierte Frankreichs ums Wort. Auf die Eröffnungsreden folgt die Wahl von Ausschüssen, von denen einer sich u. a. mit den russischen Fragen beschäftigen wird. Nach Ansicht der Blätter werden in diesem Ausschuß folgende Länder vertreten sein: Italien, England, Frankreich, Deutschland und Rußland. In den Ausschüssen für Finanz-, Wirtschafts- und Verkehrsfragen werden alle an der Konferenz teilnehmende Staaten vertreten sein.

Genuas Begrüßungsaufruf.

Genua 10. April. Der Bürgermeister von Genua hat einen hoffnungsvollen Aufruf an die Bevölkerung gerichtet in dem unter anderem gesagt wird: Die Stimmen von Millionen von Gefallenen rufen uns zu, ihr Opfer sei nicht gebracht worden, um die Welt in ewiges Ungemach zu werfen. Die Wohlfahrt der Menschen muß wieder hergestellt, der Güteraustausch wieder aufgenommen werden. Die Beziehungen aller untereinander müsse wieder angeknüpft werden. Unsere Stadt ist stolz darauf, als Sitz dieses neuen Kongresses auserwählt worden zu sein, wo zur Versöhnung bereits Verbündete Neutrale, Feinde von gestern und alle jungen Nationen zusammenkommen. Im Herzen eines jeden Italieners brennt der Wunsch, dies möchte endlich ein wahres Osterfest des Friedens werden.

Abreise der deutschen Genua-Delegation.

Berlin. 10. April. (Telunion.) Die Genua-Delegation ist am Sonnabend mittag 2 Uhr wie vorgesehen vom Anhalter Bahnhof abgefahren. Von wirtschaftlichen Sachverständigen fahren sofort mit die Herren Baltrusch, Staatssekretär a. D. Bergmann, Chefredakteur Georg Bernhard, Geheimrat Bücher, Geheimrat Cuno, Geheimrat Duisberg, Reichstagsabgeordneter Erkelenz, Geheimrat Dr. Hagen, Chefredakteur Dr. Hilferding, Reichstagsabgeordneter Otto Hue, Konsul Dr. Kastenberg, Fabrikdirektor Kraemer, Geheimrat Kreuter, Direktor Lübsen, Bankier Karl Melchior, Franz von Mendelssohn, Reichsminister a. D. von Raumer und Reichsminister a. D. Wissell.

Die Zusammensetzung der deutschen Genua-Sachverständigen.

Berlin, 10. April. (Telunion.) Es ist in deutschen landwirtschaftlichen Kreisen vielfach unliebsam vermerkt worden, daß sich unter den wirtschaftlichen Sachverständigen, welche die Genua-Delegation begleiten, keine Vertreter der Landwirtschaft befinden. Wie der Telunion hierzu von amtlicher Seite gemeldet wird, fahren landwirtschaftliche Sachverständige vorläufig aus dem Grunde nicht mit nach Genua, weil noch gar nicht feststeht, ob auf der Konferenz landwirtschaftliche Fragen überhaupt zur Erörterung kommen. Sollte das der Fall sein, so werden wie auch für die anderen Gebiete jeweils die einschlägigen Sachverständigen nach Genua berufen werden.

Der Papst über Genua.

Rom, 10. April. (Tel.-Un.) Anläßlich der Konferenz von Genua hat der Papst an den Erzbischof von Genua ein Schreiben gerichtet, in dem er den Wunsch und das Vertrauen ausspricht, daß die Vertreter der Regierungen die beklagenswerte Lage der Völker nicht nur mit klarem Geiste, sondern auch mit der Bereitwilligkeit, Opfer zugunsten der Allgemeinheit zu bringen, betrachten werden. Dies wäre der erste Schritt zu einer allumfassenden Friedenssitzung, nach der die ganze Welt so sehnlichst verlange. Jetzt, nach der Unterzeichnung der Friedensverträge, solle die christliche Charitas wieder herrschen, um so mehr, als der nationale Haß, dieses unselige Erbstück des Krieges, sich auch zum Schaden der siegreichen Völker entwickelte und für die ganze Welt eine schreckliche Zukunft vorbereite. Man solle nicht vergessen, daß die Gewähr für die Ruhe nicht ein Wald von Bajonetten sei, sondern das Vertrauen und die gegenseitige Freundschaft. Wenn man nicht nur über abgeschlossene Verträge, sondern auch über auferlegte Reparationen jede Diskussion von der Konferenz fernhalten wolle, so scheine dies doch einen Meinungsaustausch nicht zu verhindern, der dem Besiegten eine rasche Erfüllung seiner Verpflichtungen erleichtern könne, was schließlich auch dem Sieger zum Vorteil gereichen würde. Der Papst fordert die Gläubiger auf, ihre Gebete mit den seinigen zu vereinigen, damit die Konferenz glücklich zu Ende geführt werde.

Das Berner Programm für Genua.

Berlin, 10. April. Der Schweizer Bundesrat, der, wie aus Bern berichtet wird, am Nachmittag des 4. d. Mts., eine bis in die Abendstunden dauernde Sitzung abhielt, hat ein genaues Programm für die Konferenz von Genua aufgestellt. Dieses Programm muß die Anerkennung der Sowjetrepublik von der Stellungnahme der Großmächte in Genua abhängig machen, betont aber weiterhin mit ziemlicher Entschiedenheit, daß die Lösung der wichtigsten Wirtschaftsfragen Europas, vor allem auch des durch den englischen Plan aufgeworfenen Problems der Regelung der Wechselkurse, von einer vernünftigen Lösung der Reparationsfrage abhängig sei. Die Neutralenkonferenz wird natürlich nicht wagen, entgegen dem ausgesprochenen Wunsche Frankreichs die Friedensverträge in die Debatte zu ziehen, aber der Schweizer Bundesrat war doch der Ansicht, daß wenigstens in seinem Vorschlage gesagt werden müsse, wie die Neutralen ziemlich einheitlich die europäischen Wirtschaftsfragen auffassen, nämlich so, daß sie keine Lösung dieser Frage als dauerhaft und wirksam ansehen, wenn nicht die Reparationsfrage endlich eine Lösung erfahre, die Deutschland aufrichtig und nicht nur mit dem Willen, sondern auch mit der Fähigkeit, sie durchzuführen, annehmen kann

Basel, 10. April. In der Bundesratssitzung erklärte der Bundespräsident Motta auf eine Anfrage hin, daß die Schweiz mit dem Zustandekommen der Genueser Konferenz aus zwei Gründen zufrieden sei, nämlich aus allgemein menschlichen und aus wirtschaftlichen Gründen. Wäre die Anregung hierzu nicht von den verbündeten Mächten ausgegangen, so wäre dies bestimmt von seiten der Schweiz geschehen. Da das Programm noch nicht

endgültig festgesetzt ist, hat die Schweiz auf bestimmten Widerspruch verzichtet. Motta bedauert, daß von der Tagesordnung sehr wichtige Angelegenheiten ausgeschlossen wurden. Die Annahme der Einladung zur Konferenz bedeute für die neutralen Staaten noch nicht den Beitritt zu den Friedensverträgen. Die Schweiz werde sich allen Angelegenheiten gegenüber völlig neutral verhalten. Hinsichtlich Rußlands werde die Schweiz mit anderen Staaten zusammenarbeiten, jedoch dabei einige Zurückhaltung üben.

Kein gemeinsamer Block der Neutralen für Genua.

Bern, 10. April. (Tel.-Un.) In den Beratungen der neutralen Sachverständigen, die weiter geheim geführt wurden, gelang es den Holländern, ihren Standpunkt durchzusetzen, nach dem die Neutralen nicht als geschlossene Gruppe in Genua auftreten und die Berner Beratungen nur einer allgemeinen Verständigung aus allgemeinen Interessen dienen sollen. Es soll jedem von ihnen freistehen, seine Bedürfnisse und Ansichten in Genua zu verteidigen. Holland und die Schweiz, die wohl mehr den Druck der Entente verspüren, als die skandinavischen Länder, fürchten, daß es bei der Aufstellung eines festumrissenen Programms der neutralen Staaten zu Erörterungen kommen würde, die ein näheres Eingehen auf das Reparationsproblem und andere Fragen nicht vermeiden ließen. Weiter behandelte die Konferenz das Problem der internationalen Kredite und einer internationalen Geldeinheit.

Die Notwendigkeit der Teilnahme Amerikas.

Berlin, 10. April. Der Londoner Korrespondent der „Voss. Zeitung" meldet, daß Lloyd George erklärt habe, daß die Anwesenheit Amerikas in Genua nicht nur bei der Besprechung seiner wirtschaftlichen Wiederaufbaupläne nötig sei, sondern auch deshalb, weil es in seinem Bestreben liege, daß die Vertreter der Vereinigten Staaten auf die in Genua repräsentierten Staaten einen Druck in der Richtung ausüben, daß Amerika keine Hilfe erteilen werde, so lange in Europa noch große Heere gehalten werden.

Die skandinavischen Staaten für Anerkennung Sowjetrußlands.

Berlin, 10. April. Der Sonderberichterstatter der „Voss. Ztg." meldet, daß die skandinavischen Staaten, die an dem russischen Problem direkt interessiert sind, sich für eine möglichst schnelle offizielle Aufnahme der völligen Beziehungen zu Rußland aussprachen, und behaupten, daß dadurch die Sanierung Europas eher erfolgen würde, als wenn man den Sowjets Bedingungen stellt, die durch andere neutrale Staaten nach dem Vorbilde Frankreichs unterstützt werden.

Die Ankunft der Russen.

Genua, 10. April. Die Hauptmitglieder der russischen Delegation trafen am Freitag vormittag in Genua ein. Dieses Ereignis ist in Genua vollkommen unbeachtet vorübergegangen weil die Bevölkerung über die Zeit der Ankunft dieser Delegation falsch unterrichtet worden war. Der Zugang zum Bahnhof war für die Bevölkerung untersagt; sogar den Journalisten wurde nur erlaubt, sich dem benachbarten Bahnsteige zu nähern. Der Vertreter der Sowjets in Rom, Morowskij ist zur Begrüßung seiner Landsleute bis an die Grenze gefahren. In Nuovi Ligare sind die russischen Delegierten in einen Zug eingestiegen, der ihnen für die Dauer der Genua-Konferenz zur Verfügung gestellt worden ist, um die Verbindung zwischen Santa Margaritta und Genua aufrecht zu erhalten. Auf dem Hauptbahnhof wurde die Delegation von dem Generalsekretär der Konferenz, der von Morowskij vorgestellt wurde, begrüßt. Während des halbstündigen Aufenthaltes erwiderte Tschitscherin auf die Begrüßung seitens der Journalisten. Die Linie Genua—Santa Margaritta ist durch zahlreiche Militärpatrouillen in voller Ausrüstung besetzt. Die russischen Delegierten sind im geschlossenen Auto zum Hotel „Imperial" gebracht worden.

Was Rußland von Genua erwartet.

Berlin, 10. April. Berichten aus Moskau zufolge sandte Tschitscherin an die Regierung einen telegraphischen Bericht über das Ergebnis der Verhandlungen mit der deutschen Regierung. Der Bericht besagt, **daß in grundlegenden Fragen ein völliges Einvernehmen erzielt worden sei, und daß dies der Sowjetregierung erlaube, optimistisch auf den Verlauf und das eventuelle Ergebnis der Genua-Konferenz zu blicken.** Die „Izwestja" schreiben, daß die Feinde Rußlands in einem Irrtum befangen seien, wenn sie annehmen, daß in Genua über Leben oder Tod Rußlands entschieden werden wird. Der frühere Plan eines gegen die Sowjets gerichteten Europa hat zu bestehen aufgehört. An seine Stelle ist ein Rußland feindlich gesinnter Block getreten, an dessen Spitze Frankreich marschiert. Die Rigaer und andere Konferenzen, an denen Rußland teilnahm, haben die Stellung der Sowjets außerordentlich gestärkt, und die Ergebnisse dieser Konferenzen erlauben Rußland, optimistisch das endgültige Ergebnis der Genua-Konferenz abzuwarten.

Der Schutz der russischen Delegierten.

Rom, 10. April. (Tel.-U.) Für den Schutz der russischen Genua-Delegation sind die umfassendsten Sicherungsmaßnahmen getroffen. Die Delegation wohnt in einer von hohen Mauern umgebenen Villa und wurde nach Genua von 100 Detektiven begleitet, die sie auch auf der Rückreise begleiten werden.

Die Verständigung der Sowjetdelegation in Genua mit Moskau.

Berlin 10. April. (Tel.-U.) Der „[illegible]" meldet: Da die Funkstation in Moskau keine Verbindung mit Genua hat, so werden die Russen auf folgendem Wege ihre Nachrichten von Genua nach Moskau übermitteln: Telephonisch über Zürich nach Wien und von Wien durch Funkspruch nach Moskau. Wenn die Meldungen direkt aus Genua gefunkt werden, so werden sie über Deutschland geleitet.

Um die Anerkennung der Sowjetregierung.

Paris, 10. April. Die französische Delegation soll verlangen, daß die Frage der Anerkennung der Sowjetregierung an die letzte Stelle der Tagesordnung gestellt wird. Die „Times" melden aus Kowno, daß Trotzki den Beratungen in Genua nicht wohlwollend gegenüberstehe und die Absicht habe, ein Kriegsgeplänkel zumindest mit den Nachbarstaaten hervorzurufen.

Japans Bedingung für die Anerkennung der Sowjetregierung.

London 10. April. (Telunion.) Nach den „Times" hat der japanische diplomatische Rat beschlossen, die Sowjets nicht eher anzuerkennen, als bis sie die Schuld von 200 Millionen Yen an Japan anerkannt haben.

Lloyd Georges Besprechung mit Poincaré.

Paris, 10. April. (Telunion.) Der englische Ministerpräsident traf am Freitag abend 5.30 Uhr auf dem hiesigen Nordbahnhof ein. Er war begleitet von Sir Robert Horne und Kriegsminister Worthington Evans. Der Aufenthalt von 1 Stunde galt der Besprechung mit dem französischen Ministerpräsidenten, die im Bahnwagen stattfand. Poincaré Barthou, della Roccha nahmen französischerseits an der Unterredung teil. Um 6.35 Uhr reiste Lloyd George nach Genua ab. Die Besprechung hatte generellen Charakter. Beide Ministerpräsidenten betonten die Notwendigkeit eines engen Zusammengehens Frankreichs und Englands in Genua. Lloyd George setzte seine Auffassung von der gesamten Lage auseinander. In der Besprechung wurde von den Abmachungen in Boulogne nicht abgewichen. Es wird noch besonders darauf aufmerksam gemacht, daß alle Nachrichten über die endgültige Tagung für die interalliierte Vorkonferenz verfrüht sind.

Lloyd George macht in Paris schlechten Eindruck.

Paris 10. April. (Telunion.) Der Eindruck in politischen Kreisen in Paris über die Besprechung Poincarés mit Lloyd George ist schlecht. Es wird als sehr auffallend angesehen, daß Lloyd George dem französischen Ministerpräsidenten weder auf den Bahnsteig noch bis an die Wagentür entgegengekommen ist. Lloyd George empfing Poincaré im Wagen selbst. Nach Beendigung der Unterredung unterließ es auch Lloyd George, Poincaré an die Wagentür oder auf den Bahnsteig hinunterzubegleiten.

Meinungsverschiedenheiten zwischen Poincaré und Lloyd George?

Paris, 10. April. Einige Blätter konstatieren, daß bei der Zusammenkunft Lloyd Georges mit Poincaré des ersteren Standpunkt sich seit Boulogne stark dem der französischen Regierung genähert habe, insbesondere in der Frage der Anerkennung der russischen Regierung bzw. der dafür zu verlangenden Garantien. Zu lebhaften Meinungsverschiedenheiten ist es dagegen nach dem „Oeuvre" gekommen, als Lloyd George seine Pläne entwickelte, in Genua einen Permanenzrat der Großmächte einzusetzen, dessen Aufgabe es sein soll, die Debatte zu leiten und in dem auch Vertreter Deutschlands sitzen sollen. Poincaré habe es abgelehnt, sich mit dem Vertreter einer Macht, gegen die man vielleicht in Kürze schon zu neuen Zwangsmaßnahmen gezwungen sein könne, auf dem Fuße der Gleichberechtigung an den Verhandlungstisch zu setzen. Trotzdem habe Lloyd George auf seinem Plan beharrt. Auch die Absichten des englischen Premierministers, die Fragen der interalliierten Schulden und der internationalen Anleihen auf die Tagesordnung zu setzen, soll bei Poincaré einigen Widerspruch hervorgerufen haben.

Was die Sowjetregierung will.

Der Korrespondent des „Berliner Tageblatts" hatte mit dem russischen Kommissar für auswärtige Angelegenheiten, Tschitscherin, eine Konferenz. Tschitscherin hat u. a. folgendes erklärt:

Ich sehe vollkommen klar, daß man im Westen unsere Stellung nicht genügend würdigt. Man behauptet, daß die Sowjets nur eine kleine Gruppe seien, die sich angeblich mit Gewalt behauptet und eine leichtsinnige Politik führt, welche die Wünsche der breiten Massen unberücksichtigt lasse. Die Regierung der Sowjetrepublik ist gegenwärtig mit allen sozialen Faktoren in dauernder Fühlung, und daraus ist die ganze Wirtschaftspolitik der Sowjets entstanden. Die Regierung will die wirtschaftliche Beute der Arbeiter durchaus nicht schmälern und rechnet auch mit den Landarbeitermassen, die gegenwärtig Ruhe und Ordnung und die Einführung des freien Handels verlangen. Die Einführung eines Austausches von ausländischen Waren mit russischem Getreide ist der Sowjetregierung heißester Wunsch. Sie hat jedoch eine tief wurzelnde Antipathie gegen den Kapitalismus und zögert deshalb noch.

So wird denn auch, sagte Tschitscherin, unser Programm in der Genua-Konferenz ein Kompromiß sein und dahin streben, die wirtschaftlichen Bedürfnisse Sowjetrußlands und die Forderungen der breiten Massen des russischen Proletariats zu befriedigen. Die Ziele der gegenwärtigen Forderungen der russischen Regierung sind: Steigerung der Durchführung des Wiederaufbaus Rußlands, Fühlungnahme mit wirtschaftlichen Machtfaktoren der ganzen Welt.

Was den allgemeinen europäischen Frieden betrifft, so werden ihn die Sowjets mit aller Kraft unterstützen; ihr Wunsch sei es, daß in ganz Europa möglichst bald Friede herrsche.

Außerdem haben wir noch einen Wunsch, sagte Tschitscherin. Wir wollen Europa danken für die Intervention im Jahre 1918, für die Blockade und den Feldzug ins Innere Rußlands; denn das alles hat in hohem Maße zu der gegenwärtigen Hungersnot und dem wirtschaftlichen Niedergang in Sowjetrußland beigetragen. Das, was in einigen Jahren vernichtet worden ist, kann in Jahrzehnten nicht wieder aufgebaut werden.

Sowjetrußland.

Fieberhafte Rüstungen Sowjetrußlands.

Paris, 10. April. Wie aus London gemeldet wird, arbeitet man in Sowjetrußland fieberhaft, um die Rote Armee für einen großen Schlag bis aufs letzte auszurüsten. So schreibt der „Times"-Vertreter in Kowno seinem Blatte, daß Trotzki von der Genua-Konferenz nichts erwarte und sich auf alle Eventualitäten gefaßt mache. Er wäre entschlossen, nach einem ungünstigen Verlauf der Zusammenkunft allen gegenrevolutionären Bestrebungen der russischen Nachbarn, namentlich Polens, zuvorzukommen. An der Westgrenze Rußlands werden starke Truppenmassen konzentriert. In den Munitionsfabriken von Petersburg, Tula und Orel würde mit Hochdruck gearbeitet.

Die Sowjetregierung und die Sozialrevolutionäre.

Berlin, 10. April. (Tel.-Union.) Die Moskauer Staatsanwaltschaft hat einer Meldung der Ruß. Preß. zufolge der politischen Abteilung des Volkskommissariats für innere Angelegenheiten die Hälfte des Anklagematerials gegen die Sozialrevolutionäre zurückgesandt. Der große Teil des von der politischen Abteilung der Staatsanwaltschaft vorgelegten Materials über die Sozialrevolutionäre genügt nicht für eine Anklage.

Aufstände im Gebiet von Minsk.

Wilna 10. April. Die Bewegung der Aufständischen im Minsker Gebiet verstärkt sich. Besondere Unruhen verursacht das Vorgehen der Abteilung eines gewissen Dragun; dieser war bisher überzeugter Kommunist und ist gegenwärtig der Kommunisten größter Feind. Die Abteilung hat sich durch zahlreiche Flüchtlinge der Sowjetarmee erheblich verstärkt. Unter der Bevölkerung herrscht eine sehr bedrückte Stimmung; eine unbestimmte Erwartung großer Ereignisse im Frühjahr hat sich der Gemüter bemächtigt.

Die Beschlagnahme von Kirchenschätzen.

Moskau, 10. April. In Smolensk ist es anläßlich der Konfiszierung von Kirchenschätzen für die Hungernden zu Zwischenfällen gekommen. Die Menge begann in der Stadt zu plündern und die Militärabteilungen zu provozieren. Das Militär gab Schüsse in die Luft ab. An der Spitze der Bewegung, die gegen die Sequestrierung der Kirchenschätze gerichtet ist, stehen Kaufleute und einige Offiziere die, wie festgestellt worden ist, keine Genehmigung für den Aufenthalt in Smolensk haben.

Der Widerstand der Kirche.

Moskau, 10. April. Immer mehr verbreitet sich die Botschaft des Patriarchen Tichon welche die Herausgabe von Kirchenschätzen verbietet. Im Zusammenhang damit steht die Zunahme von Fällen des Widerstandes gegen die Konfiszierung. Ernste Unruhen fanden in Smolensk statt. Die Sowjetbehörden haben die Absicht, gegenüber den sich widersetzenden Kirchensprengeln Terror anzuwenden. Die „Izwestja" schreiben, daß die Massen verlangen, daß die sich Widersetzenden als Kontrerevolutionäre behandelt werden.

Stocken der amerikanischen Lebenmitteltransporte für Rußland.

Warschau, 10. April. (Tel.-Union.) Die amerikanischen Lebensmitteltransporte für Rußland, die bekanntlich über Danzig gehen, drohen infolge des schlechten Zustandes der Sowjet-Eisen-

Obdachlos.

Humoristischer Roman eines Wohnungsuchenden.

Von Otfrid von Hanstein.

(12. Fortsetzung.)

Herr Jacob Kayser stülpte seinen Zylinder auf, kroch in den „totschicken" Ulster und stiefelte die Treppe hinunter um zu Dick William Schulze in das bereitstehende Auto zu steigen. Sie fuhren zum Königinnendamm, und Nummer 207 war in der Tat ein außerordentlich vornehmes Haus, dem man eine Zwanzigzimmer-Wohnung in der ersten Etage wohl zutrauen konnte. Es war heller Tag, aber sämtliche Fenster in der ersten Etage waren durch Rolljalousien verdeckt.

„Da wohnt wohl niemand?"

„Ja und nein!"

„Was heißt das?"

„Da wohnt eigentlich niemand, aber die Wohnung hat ein auswärtiger Rittergutsbesitzer gemietet, der nie in Berlin ist."

„Was?"

„Deswegen denke ich, daß wir diese Wohnung für Sie frei bekommen."

„Selbstverständlich."

„Sie wissen doch, daß niemand zwei Wohnungen haben darf und daß —"

„Ich verstehe überhaupt nicht, wie das erlaubt sein kann —"

„Ja, wissen Sie, so ein Rittergutsbesitzer —"

„Also — was wollen Sie tun?"

„Ich werde noch heute eine Beschwerde an das Wohnungsamt richten und die Wohnung für Sie reklamieren."

„Wie lange kann es dauern, bis Sie Bescheid haben?"

„Sagen wir einmal acht Tage."

„Very well. Aber ich will, daß Sie nur für mich arbeiten. Wir werden fahren in Ihr Bureau, und Sie werden mir einen Revers geben, daß Sie die Wohnung niemand anders vermieten als mir."

„Sobald das Wohnungsamt sie mir frei gibt."

„Natürlich — vom Wirt haben Sie doch Vollmacht?"

„Ich bitte Sie, ich besorge alle seine Vermietungen, Sie sehen doch, wie gut ich orientiert bin, da doch nicht einmal das Wohnungsamt etwas davon weiß —"

„Sehr gut, ich werde Ihnen leisten eine Anzahlung."

„Darum müßte ich allerdings bitten."

„Genügen Ihnen tausend Mark?"

„Ich überlasse es Ihnen."

„Wenn Sie mir die Wohnung verschaffen, erhalten Sie fünftausend. Sobald ich sehe, daß Sie sich ehrlich Mühe geben, soll es mir auf eine weitere Anzahlung nicht ankommen."

„Sehr gut."

Sie waren wieder in der Friedrichstraße und stiegen zusammen hinauf.

Die Inhaber der Firma Samuel Salm Söhne und der Firma Gotthold Schuster saßen noch ebenso da und lasen Romane, und Fräulein Rosa Mandeltort schrieb trotz der Gegenwart des Herrn Fritz Müller, der bei der zehnten Zigarette war, einen Liebesbrief an den Herrn, den sie gestern abend im „Schwarzen Kater" zu einer Extraflasche Sacharinschaumwein verleitet hatte. Da ging die Tür auf. —

„Der dicke Herr William Schulze und Herr Kayser."

Der Laufbursche rief es, die Romane verschwanden und alle Federn kritzelten über die Bogen.

„Bitte, Herr Schulze —"

„Dick William Schulze."

„Bitte, Herr Dick William Schulze, nehmen Sie Platz."

„Herr Krüger, bitte, schreiben Sie!" Wenn er als Sekretär eines der anderen zu figurieren hatte, hörte Herr Samuel Salm Söhne auf den prosaischen Namen Krüger.

„Revers. Ich verpflichte mich, sobald das Wohnungsamt mir die von dem Rittergutsbesitzer Waldemar von Schollenow zurzeit gemietete Zwanzigzimmerwohnung im Hause Königinnendamm 207 frei macht, dieselbe an niemand anders, als an Herrn Dick William Schulze zu vermieten."

„All right."

„Schreiben Sie auf einen anderen Bogen:

„Ich zahle Herrn Jacob Kayser u. Co. die Summe von fünftausend Mark für seine Bemühungen, mir eine Zwanzigzimmerwohnung zu verschaffen, und zwar zahle ich tausend Mark heute."

Eine leise, aber beherrschte Bewegung ging durch das Auditorium.

„Weitere tausend Mark nach acht Tagen, wenn ich sehe, daß Herr Kayser ernstliche Schritte getan hat, den Rest von dreitausend Mark, sobald mir die Wohnung übergeben wird."

„All right."

Die beiden Herren unterschrieben. Der Namenszug des Herrn Dick William Schulz war nicht so gewandt, wie der des Herrn Kayser, dafür aber sahen die zwanzig Fünfzigmarkscheine, die er auf den Tisch zählte, um so verlockender aus.

„Ich komme in acht Tagen wieder."

„Es wird mir ein Vergnügen sein, und wenn ich eher etwas für Sie habe?"

„Meine jetzige Wohnung ist: Blumenhof 6."

„Sehr gut."

„Good bye!"

Herr Schulze ging wuchtigen Schrittes, und das dreifache Kontor blieb ruhig sitzen, bis Franz, der Laufbursche, meldete, daß er im Auto davongefahren. Dann aber sprangen die Chefs auf, und während Herr Gotthold Schuster auf einer schnell dem Pult entnommenen Mundharmonika einen Walzer spielte, sprangen sie wie verrückt im Zimmer umher, und Fräulein Rosa Mandeltort flog dabei aus einem Arm in den anderen.

Tanzen konnte sie übrigens ganz gut, während sie von Schreibmaschinenarbeiten ebensowenig Ahnung hatte wie von der Stenographie. Darum schadet es auch wenig, daß Herr Müller, der Inhaber des gemeinsamen Kontors, aus Billigkeitsrücksichten eine vollkommen unbrauchbare Maschine erstanden hatte, die nur noch als altes Eisen zu bewerten war.

(Fortsetzung folgt.)

bahnen ins Stocken zu geraten. Nach einer Meldung der Poln. Telegraphen-Agentur stehen zurzeit auf dem Bahnhof Stolbce gegen 200 Waggons mit Getreide und warten auf Umladung auf Eisenbahnwagen mit breitspurigen Achsen. Die polnischen Staatseisenbahnen, die keinerlei überflüssigen Eisenbahnpark besitzen, können hierdurch gezwungen werden, die Getreideladungen in Danzig für Sowjetrußland einzustellen.

Die achtzehnmonatige Dienstzeit in Frankreich.

Paris, 10. April. Während der Kammerdebatte über die Einführung der achtzehnmonatigen Dienstzeit ergriff Poincaré verschiedene Male das Wort, um die Notwendigkeit der Durchführung der Regierungsvorlage zu beweisen. Seine Ausführungen beschäftigten sich vor allem mit dem Friedensvertrag und mit Deutschland. So erklärte er, daß die achtzehnmonatige Dienstzeit eingeführt werden müsse, weil Deutschland noch nicht entwaffnet sei, weder moralisch, noch industriell, noch militärisch. Deutschland habe mindestens 250 000 Mann reguläre Truppen. Die Kommission des Generals Nollet werde solange in Deutschland bleiben, bis es ganz entwaffnet sei; und dann werde man noch gewisse Vorsichtsmaßregeln für die Zukunft treffen. Die sich an die Rede Poincarés anschließende Abstimmung ergab einen schwachen Sieg der Regierung. Für die Einführung der achtzehnmonatigen Dienstzeit stimmten 320, dagegen 237 Abgeordnete. Daraufhin wurde die Weiterberatung der Militärvorlage bis nach Ostern vertagt.

Der französische Kredit für Oesterreich.

Paris, 10. April. Die Kammer hat am Sonnabend nach kurzer Aussprache die Kredite zur Unterstützung Oesterreichs bewilligt. Der Führer der Radikalen betonte dabei, er und seine Partei stimmten nur unter der Bedingung zu, daß die österreichische Regierung der früheren Kaiserin Zita eine Zivilliste bewillige.

Die nationalen Minderheiten in Ungarn.

Der Ofen-Pester Berichterstatter der „Täglichen Rundschau“ schreibt in einem Brief, der sich mit der vom gegenwärtigen ungarischen Ministerpräsidenten, dem Grafen Bethlen, dem Lande aufgezwungenen Wahlordnung beschäftigt.

„Bitter hat sich an den Madjaren ihr Verhalten gegenüber den anderen Nationalitäten des Landes gerächt. Franz von Deák, den man den Weisen der Nation nannte, sagte: „Wir müssen den Nationalitäten das Vaterland lieb machen, dann werden wir keine Nationalitätenfrage haben.“ Solche staatskluge Weisheit war aber in den letzten Jahrzehnten in Ungarn außer Kurs gekommen. Man hatte eine neue Staatsidee entdeckt. Aus dem vielsprachigen Lande sollte ein madjarischer Nationalstaat gemacht werden, in einer Zeit, wo auch der kleinste Volksstamm bereits zu nationalem Bewußtsein erwacht war. Äußerlich konnte man das durchführen. Das Ortsnamengesetz des Baron Banfy zwang Städten und Dörfern madjarische Namen auf. Das Volksschulgesetz des Grafen Apponyi führte die madjarische Unterrichtssprache zwangsmäßig in die Schulen der anderssprachigen Bewohner, bis in die Dorfschulen, ein. Wer bei den anderen Volksstämmen des Landes sich dagegen sträubte, wurde zum Panslawen, Dakorumänen, Pangermanen gestempelt und des Vaterlandsverrates beschuldigt. So erhielt das Land seinen madjarischen Anstrich. Eine schlau ausgeklügelte Wahlgeometrie brachte es zustande, daß in den ungarischen Reichstag die Nichtmadjaren nur einzelne Vertreter hineinbringen konnten. Das alles hat aber auch den Haß der Nachbarvölker gegen die Madjaren geweckt und genährt und ließ in den Herzen der Millionen Nichtmadjaren Gefühle der Bitterkeit und des Unterdrücktseins lebendig werden. So haben die Madjaren selbst den Boden vorbereitet für die Ansprüche der „Sieger“.

Hat das Madjarentum etwas aus dem Zusammenbruch für die Zukunft gelernt? Rumpfungarn hat unter 7,9 Millionen Einwohnern noch immer ½ Million Deutsche. Diese wohnen in größerer Menge in den Dörfern um Ofen, in der Gegend von Tolnau an der Donau, im Barangaer Komitat (der schwäbischen Türkei) und in den Teilen von Westungarn, die bei Ungarn verblieben sind. Bei den Schwaben ist im Laufe des Krieges das schlummernde Deutschbewußtsein sehr lebendig geworden. Jetzt wollen sie alle, daß ihre Kinder deutsch unterrichtet werden. Serben und Rumänen geben den Deutschen in den ihnen zugefallenen ungarischen Gebietsteilen die deutsche Unterrichtssprache in den Schulen. Sie tun das gewiß nur, um die deutschen Bewohner mit der anderen Staatsangehörigkeit auszusöhnen. Wäre es da nicht, wenn es nicht aus Gerechtigkeitsgefühl geschieht, ein Gebot der Staatsklugheit, daß Ungarn seine deutschen Bewohner nicht schlechter behandelt?

Drei Millionen Madjaren leben heute unter Fremdherrschaft. Wie aber kann Ungarn in der Zukunft für den Schutz dieser nationalen Minderheiten eintreten, wenn es diese Bestimmung des Friedensvertrages auf dem eigenen Gebiete nicht durchführt?

Die nationalen Parteien Ungarns legen großen Wert auf ein freundschaftliches Verhältnis zum großen deutschen Volke. Von seinem Wiederaufstieg erhoffen sie auch eine bessere Zukunft für ihr Land. Das deutsche Volk muß aber sehen, daß die so oft betonte Freundschaft und Bewunderung eine wahre und keine nur eigennützige ist. Wenn Ungarn der halben Million Schwaben und Heanzen, die es noch in seinen Staatsgrenzen besitzt, den Unterricht in der Muttersprache, wenigstens in der Volksschule, wieder einführt, dann hat es dafür einen Beweis geliefert.“

Politische Tagesneuigkeiten.

Die Konferenz der Nachfolgestaaten hat nach Prüfung aller Fragen, die auf der letzten Frühlingssession noch nicht erledigt worden waren, ihre Arbeiten beendigt. Das Ergebnis der Arbeiten der Konferenz ist der Abschluß von mehr als 40 Konventionen. Mehr als zehn von ihnen sind alle an der Konferenz teilnehmende Staaten beigetreten. Die Konventionen betreffen die Schuldenlast der Staaten, die Emerituren, Regelung der Lasten und Kredite zwischen den Bürgern der verschiedenen Nachfolgestaaten, Liquidierung der Sparkasse in Wien, der Fideikommisse Herausgabe und Schutz über den Bürgern.

Die Teuerung in Deutschland.

Berlin, 10. April. Nach kurzer Verlangsamung der Teuerungsentwicklung gegen Ende Februar nahm die Teuerung im März weiter stark zu. Die vom Statistischen Reichsamt auf Grund der Erhebungen über die Aufwendungen für Ernährung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung für eine fünfköpfige Familie berechnete Reichsindexziffer für Lebenshaltungskosten stieg im Durchschnitt au 2302 gegenüber Februar (1989), die Lebenshaltungskosten um 15,7 Prozent, gegenüber Januar 1922 um 40,4 Prozent, gegenüber März 1921 um 155,5 Prozent. Ungefähr gleich stark wie die Gesamtausgaben stiegen im Berichtszeitraum die Ernährungskosten, deren Indexziffer für den Durchschnitt des Monats März 3152 beträgt. Gegenüber dem Vormonat bedeutet dies eine Steigerung von 15,8, gegenüber dem März 1921 eine Erhöhung von mehr als 165 Prozent des damaligen Standes. An der Steigerung haben fast ausnahmslos alle Lebensmittel teil, nur einige Gemüsesorten, Schellfische und Eier konnten in einigen Gemeinden etwas im Preise fallen, während Fleisch und Fette ganz besonders im Preise anzogen. Für Brot kommt erstmalig die starke, Mitte Februar eingetretene Preissteigerung in der Indexziffer voll zum Ausdruck. Weit mehr als die Ernährungskosten nahmen die Ausgaben für Heizung und Beleuchtung im Durchschnitt des Monats März gegenüber dem Vormonat zu. Die im März eingetretene Preissteigerung war im Gegensatz zu den Vormonaten in den Großstädten nicht ganz so bedeutend wie in den mittleren und in den Kleinstädten.

Verhaftung russischer Monarchisten.

Warschau, 10. April. In der Nacht vom Freitag zum Sonnabend wurden in Warschau zahlreiche Russen verhaftet, die im Verdacht stehen, eine gegen die Sowjets gerichtete Aktion in Polen zu betreiben. Diese Monarchisten haben besonders in den Grenzgebieten besondere Abteilungen gebildet, deren Kommando der General der Kavallerie Rouskow übernommen hat. Der Mittelpunkt der Aktion befand sich in Berlin wo Graf Paahlen Chef der Propaganda für diese Aktion gewesen sein soll. Ebenso bestand eine Fühlung zwischen Warschau und Bulgarien, wo der General Bogajewski Führer dieser Idee war.

Warschau 10. April. Die weitere Untersuchung in der Monarchistenangelegenheit hat ergeben, daß alle ihre Hauptführer zu dem sogenannten Verbande der Legitimisten gehören, deren Zentrale sich in Berlin befindet.

Republik Polen.

† **Kierniks vorläufiger Nachfolger.** Der Staatspräsident hat die Demission des Dr. Kiernik, des Präsidenten des Hauptlandamtes, angenommen und die vorläufige Leitung des Amtes dem Vizepräsidenten Makulski anvertraut.

† **Das polnisch-tschechische Sanitätsabkommen.** Noch während der internationalen Sanitäts-Konferenz begannen zwischen Polen und der Tschechoslowakai die Beratungen über eine Sanitätskonvention. Die Vertretungen beider Nationen sind zu dem Entschluß gekommen, daß der Entwurf der Konvention von der polnischen Regierung ausgearbeitet und nach Prag gesandt werden soll, wonach erst die beiderseitige Unterzeichnung des Abkommens erfolgt.

† **Die polnisch-tschechische Kommission für Abstimmungsfragen** hielt am Sonnabend im Außenministerium in Warschau ihre erste Sitzung ab. Der Vorsitzende der polnischen Delegation, Professor Halban, gab danach zu Ehren der tschechischen Gäste im „Hotel Europejski“ ein Frühstück.

† **Tagung des polnischen Städtebundes in Lemberg.** Ende Mai wird in Lemberg eine Tagung des polnischen Städtebundes stattfinden, an der außer den Vertretern sämtlicher polnischen Städte etwa 200 Delegierte des französischen Städtebundes teilnehmen werden, der 1715 französische Städte umfaßt. Die französischen Bürgermeister werden außerdem die Städte Warschau, Krakau und Posen besuchen.

† **Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.** Am Freitag pflog der wirtschaftliche Ausschuß des Ministerrates Beratungen über die Frage der Arbeitslosigkeit. Minister Darowski erklärte, daß bisher 900 Milliarden Mark für öffentliche Arbeiten assigniert worden seien. Am Mittwoch wird eine Konferenz der kommunalen Banken und der Banken des Baugewerbes stattfinden, in der über Geldmittel und Arbeiten für die Arbeitslosen beraten werden soll.

† **Die Krise im Hauptlandamt.** Die Regierung steht auf dem Standpunkte, daß die Begleiterscheinungen der Krise im Hauptlandamt eine Lage geschaffen haben, die dazu zwinge, das Hauptlandamt dem Landwirtschaftsministerium zu unterstellen oder aus diesem Amte ein selbständiges Ministerium mit einem verfassungsgemäß verantwortlichen Minister an der Spitze zu bilden. Die Volksparteiler widersetzen sich diesen Plänen aufs entschiedenste. Solange diese Angelegenheit nicht erledigt sein wird, wird auch der neue Vorsitzende des Hauptlandamtes noch nicht ernannt werden.

Deutsches Reich.

** **Annahme des Antrages zur Steuerung der Pressenot.** Im Reichstag wurde am Freitag ein vom Präsidenten Loebe gestellter Antrag, der von den Vertretern aller Parteien, mit Ausnahme der Kommunisten, unterzeichnet war und der einen Gesetzentwurf fordert, durch den der Not der Zeitungen auf dem Wirtschaftsgebiet wirksam gesteuert werden soll, einstimmig angenommen. Im Namen der Reichsregierung hat der Staatssekretär Hirsch zugesagt, daß auch die Regierung der Ansicht sei, daß hier eingegriffen werden müsse, und daß sie bereit sei, alle Möglichkeiten zu dieser Hilfe zu prüfen.

** **Besprechungen über Brotgetreideversorgung.** Bei der Besprechung der landwirtschaftlichen Körperschaften mit dem neuen Reichsernährungsminister Professor Fehr über die Brotgetreidebewirtschaftung gaben diese eine Erklärung ab, in der es heißt, daß die landwirtschaftlichen Organisationen infolge der Ungerechtigkeiten bei der Durchführung der Getreideumlage des Jahres 1921, die eine starke Erbitterung hervorgerufen haben, außerstande seien, die Landwirte zu einer nochmaligen Ablieferung von Umlagegetreide zu bewegen. Die Landwirtschaft lehne eine Umlage in jeglicher Form ab. Andererseits erkenne sie die Notwendigkeit der Beschaffung einer Brotgetreidereserve an und schlage daher die Heranziehung der landwirtschaftlichen Genossenschaften zur Bewältigung dieser Aufgabe vor.

** **Die Not der Kleinrentner im Hauptausschuß.** In der Sitzung des Hauptausschusses brachte beim Etat des Reichsarbeitsministeriums der Abg. Dr. Moldenhauer (Dt. Volkspartei) die Not der kleinen Kapitalrentner zur Sprache. Er erklärte, daß der in dem Etat eingesetzte Betrag von 200 Millionen Mark ungenügend sein werde und beantragte Erhöhung auf 500 Millionen, so daß wenn Länder und Gemeinden den gleichen Betrag aufwenden, eine Gesamtsumme von 1½ Milliarden den kleinen Kapitalrentnern zur Verfügung gestellt werden können. Er bemängelte weiter, daß in jedem Falle gezahlte Unterstützungen auf den Nachlaß angerechnet werden müßten und wünschte eine Aufhebung, wenigstens eine Einschränkung der Richtlinien in diesem Sinne.

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, 10. April.

Auflösung des Ministeriums für das ehemals preußische Teilgebiet.

Die gestrigen Feierlichkeiten der Beendigung der Tätigkeit des Ministeriums für das ehemals preußische Teilgebiet und die Übernahme durch die Zentralregierung hatten einen sehr feierlichen Charakter. Sie begannen mit einer Messe in der Schloßkapelle. Danach hielt der Geistliche Professor Norysykiewicz eine Festpredigt. Um 1 Uhr mittags fand im Thronsaale die eigentliche Übernahme der Regierungsgewalt durch den Ministerpräsidenten Ponikowski statt, bei der der gestern früh in Posen eingetroffene Innenminister Kamieński zugegen war. Bei der Messe wie auch bei der Feierlichkeit der Übernahme waren u. a. folgende Persönlichkeiten anwesend: Minister Wybicki, Vizeminister Dr. Seyda, Vizeminister Dr. Wachowiak, Kardinal Erzbischof Dr. Dalbor, mit dem Bischof Łukomski, die Generale Raszewski und Sorda, General Milewski, der Wojewode Celichowski, der Wojewode Brejski mit einigen Vertretern der Wojewodschaft Pommerellen, Vertreter verschiedener Departements des Ministeriums, von Zivil-, Militär- und Kommunalbehörden mit dem Bürgermeister Dr. Kiedacz an der Spitze und Vertreter der Presse.

Als erster nahm Minister Wybicki das Wort. Er wies auf die geschichtliche Bedeutung des Augenblicks der Vereinigung des hiesigen Teilgebiets mit dem übrigen Polen hin und gab eine Darstellung über die geschichtliche Entwicklung des Teilgebietsministeriums. Dann sprach er über die Tätigkeit seiner Vorgänger und kam schließlich auf die Erfahrungen während seiner eigenen Tätigkeit als Teilgebietsminister zu sprechen. Zum Schluß dankte er den Abteilungsleitern, den Departementsdirektoren und vor allen Dingen den beiden Vizeministern für die eifrige Mitarbeit und übergab die Regierungsgewalt dem Ministerpräsidenten Ponikowski. Dann sprach dieser. Er wies darauf hin, wieviel Arbeit geleistet worden sei, und welche Früchte sie getragen habe. Auf die verschiedenen Meinungen bezüglich des Weiterbestehens des früher preußischen Teilgebiets hinweisend, sprach er von den berechtigten Ursachen, die gegen eine plötzliche Übergabe des hiesigen Teilgebiets in die Hände der Zentralbehörden sprachen. Das hochentwickelte Wirtschaftsleben des hiesigen Teilgebiets hätte bei der Vereinigung mit den andern zu damaliger Zeit von dem Kriege mitgenommenen Gebieten notwendigerweise Einbuße erlitten. Daß damals die Unifikation nicht zustande kam, sei nicht nur für das hiesige Teilgebiet, sondern auch für den ganzen Staat von großem Nutzen. Dann betonte der Ministerpräsident die Opferwilligkeit Großpolens und erklärte, daß während seiner siebenmonatigen Regierung zwischen ihm und dem Minister Trzciński und dann dem Minister Wybicki keinerlei Meinungsverschiedenheiten sowohl über Fragen des hiesigen Teilgebiets als auch über solche, die ganz Polen betrafen, bestanden haben. Zum Schluß seiner Rede betonte Ministerpräsident Ponikowski mit Nachdruck, daß die Mitarbeit von Großpolen und Pommerellen in allen Zentralbehörden zum Wohle des ganzen Staates unbedingt notwendig sei.

Außerdem sprachen noch Kardinal-Erzbischof Dalbor, Minister Seyda, General Raszewski, Rektor Dr. Święcicki, Dr. Kiedacz und Dr. Gantkowski.

Den Schluß der Feierlichkeiten bildete am Abend ein Gesellschaftsabend im Thronsaale.

✕ **Postsparkasse.** Die Direktion der Zweigstelle der Postsparkasse in Posen teilt mit, daß von heut, Montag, 10. April, ab die Kasse von 8½ Uhr bis 1½ Uhr nachmittags für Ein- und Auszahlungen geöffnet sein wird.

* **Konitz**, 8. April. Die gestrige Stadtverordnetensitzung entbehrte, wie das „Konitzer Tageblatt“ schreibt, trotzdem etwa 20 Punkte auf der Tagesordnung standen, größeren Interesses. Hervorzuheben wäre, daß der erste Bürgermeister Dr. Sobierajczyk in seinem Amte von der Wojewodschaft bestätigt wurde und der zweite Bürgermeister trotz seiner Nichtbestätigung als Magistratsmitglied von der Stadtverordnetenversammlung in seinem Amte belassen wurde. Als neue Stadtverordnete wurden eingeführt Roman Nowacki, Jan Kupczyk und Julian Rydzkowski. Es wurde noch beschlossen, die Wahl der Magistratsmitglieder am Donnerstag nach Ostern vorzunehmen.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Kurse der Posener Börse.

Offizielle Kurse:	8. April	7. April
4% Pos. Pfandbriefe mit poln. St.	95	95
4% „ „ (neue)	95	—,—
Polski Bank Handlowy, Poznań	—,—	360
Bank Zw. Spółek Zarobk. I.—IX. Em.	245	—,—
Kwilecki, Potocki i Ska. I.—VII. Em.	255	—,—
Pozn. Bank Ziemian I.—III. Em.	235	240—230
„ „ „ IV. Em.	—,—	220—215
Arcona	320—325	310
R. Barcikowski	190—200	—,—
H. Cegielski I.—VII. Em.	230	225—230
H. Cegielski VIII. Em.	190	195
Centrala Rolników	205	200—205
Centrala Skór	280	270
Hartwig Kantorowicz	510	500
Homosan	—,—	180
Hurtownia Drogeryjna	170	170
Hurtownia Związkowa	—,—	160—170
Hurtownia Skór I. Em.	—,—	320
„ „ II. Em.	240	—,—
Juno	320—325—320	310
Lubań	1500	—,—
Dr. Roman May	580	580
Patria	600	600
Pozn. Spółka Drzewna I.—III.	—,—	1080—1050
„ „ „ IV.	—,—	795
„ „ „ V.	—,—	690—700
Sarmatia II. Em.	—,—	440
Bentzki	545	550—535
Waggon Ostrowo	250	250
Wytwornia Chemiczna I.—II. Em.	235—225	—,—
„ „ III. Em.	—,—	185

Auszahlung Berlin 13. Umsatz: 505 000 dtsch. Mk.

Inoffizielle Kurse:	8. April	7. April
Bank Poznański	140	—,—
Bank Przemysłowców	—,—	240—245
Brzeski Auto I. Em.	350	—,—
Brzeski-Auto II. Em.	250	—,—
Dom Konfekcyjny I.—IV. Em.	—,—	345—340
Herzfeld-Viktorius	—,—	305
Kabel I. Em.	—,—	145
Lloyd Wielkopolski	230	—,—
Papiernia, Bydgoszcz	210	210
Pneumatik	170	165
Trie	—,—	200
Wielk. Huta Miedzi	270	—,—
Wytw. Maszyn Młyńskich IV. Em.	—,—	305
Wyroby Ceramiczne Krotoschyn	—,—	165

= **Danziger Börse vom 10. April:** Polnische Mark Auszahlung Danzig 7,80; Dollar 300—298.

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 10. April 1922.

Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 Kg. bei sofortiger Waggon-Lieferung.)

Roggen	11 800	Peluschken	16 000—17 000
Weizen	16 800—18 000	Speisekartoffeln	4 200—4 800
Gerste	10 000—10 8 0	Fabrikkartoffeln	3 600—4 000
Braugerste	11 000—11 500	Leinsamen	18 000—20 000
Hafer	10 700—11 200	Felderbsen	12 000—14 000
Roggenmehl	15 200—16 200	Serradella	15 000—19 000
Weizenmehl	23 500—24 500	Buchweizen	12 000—14 000
Roggenkleie	8600	Blaue Lupinen	8500—11 500
Weizenkleie	8600	Gelbe Lupinen	8500—11 500
Wicken	15 000—16 000		

Tendenz: ruhig.

Privat-Handelsschule

Neue Kurse.

Buchführung, Rechnen, Handelskorrespondenz, Stenographie Maschinenschreiben, Handelsbetriebslehre, Wechsel- und Schecklehre, Nationalökonomie, Wirtschaftsgeographie, Deutsch, Polnisch, Esperanto u. s. w.

Sprechzeit des Schulleiters, **Poznań, ul. św. Wojciech 29.** von 2—3 und ausnahmsweise von 7—8 Uhr.

— — — Schulhaus im Zentrum der Stadt. — — —



1920/1921 in Lehmbrahtbau-Ausführg. (Pat. aller Kulturst.) erbaut. Besichtig. jederz. Seit 12 Jahren glänzend bewährt.

Billigste Massivbauweise d. Gegenw. u. Zukunft, dem Mauerw. gleichw. 50—80 % bill. Als Stampfmat. kann ohne Zubereitg. Ton, Lehm, lehm. Sand u. Lette ben. werd. Trocken, kühl i. Sommer, warm i. Winter. Schafft Arbeitsgelegenh. u. bes. sogl. d. Wohnungsnot. Für Villen, Siedlg., landwirtsch. Gebäude jed. Größe außerordtl. geeign. Ersp. an Kohlen, Entlastung der Eisenbahn, Erh. des Volksvermögens. Näh. Auskunft sowie Zeichnung. pp. durch d. Lizenz-Inh. u. Kreisvertr.

Karl Meisel, Baumeister, Opalenica.

Telephon: 17 und 17a.

Bäckerei ab 1. Juli zu verpachten.

Dominium Laski, powiat Kępno.

Otto Steffens & Co., Itzehoe i. Holst. Tel. 600

Bieten an:

88 Morgen Geesthof

belegen in Gudendorf bei Meldorf in Holstein, 20 Minuten von der Bahnstation Windbergen der Bahnstrecke Hamburg—Heide. Das Land ist außer 15 Morgen erstklassigem Marschboden zum allergrößten Teile guter Mittelboden und in guter Kultur. Das Haus ist ein gutes Weichdachgebäude mit 2 Zimmern und 1 Kammer, Küche, Flur, Speisekammer, Keller, Boden usw. Die Stallungen sind neu und sehr geräumig. **Preis 650 000 Mark** bei 500 000 Mark Anzahlung. Vorhanden sind: 2 erstklassige Fohlenstuten, 2 prima Kühe, 2 Stück Jungvieh, 2 Schweine, 12 Hühner, 6 Stück Futtervieh, 1 Göpel mit Dreschmaschine, 1 Häckselmaschine, 1 Staubmühle, 1 Kultivator, 1 Rübenschneider, 1 Mähmaschine mit Ableger, 3 Pflüge, 3 Eggen, 1 Hackpflug, 4 Bauwagen, 1 Federwagen, ein großer Posten Ret, sämtliches kleine landwirtschaftliche Gerät, usw. Ausgesät sind: 15 Morgen Winterroggen. Ausgesät werden noch: 3 Zentner Sommerroggen, 3 Zentner Weizen, 6 Zentner Hafer, sowie 10 Zentner Kartoffeln.

80 Morgen Geesthof

in Gudendorf bei Meldorf zum Teil erstklassiger Marschboden, neue herrschaftliche Gebäude, 5 Zimmer nebst Zubehör, im Dorfe belegen, 20 Minuten vom Bahnhof Windbergen, 2 erstklassige Pferde, 4 Kühe, 1 Stier, 1 Starke, 1 Sau, 2 größere Schweine, 20 Hühner, 3 Enten, komplettes totes Inventar und Futtervorräte. **Preis 900 000 Mark** bei 700 000 Mark Anzahlung.

140 Morgen Hof

in Trebs bei Lübtheen in Mecklenburg isoliert und arrondiert, 5 Minuten vom Bahnhof Trebs, der Bahn Ludwigslust—Alt-Jabel, 2 Pferde, 10 Stück Rindvieh, Schweine, Hühner, komplettes totes Inventar. Das Land ist ca. 15 Morgen Wiesen u. Weiden, ca. 12 Morgen Wald, Rest Acker. Der Boden ist guter Mittelboden. Das Wohnhaus ist ganz neu mit 6 Zimmern, Wasserleitung usw. versehen. Leider ist die dazugehörige Scheune abgebrannt; es befindet sich aber eine Pachtscheune bei dem Hof, welche direkt neben dem Besitz liegt. Diese Scheune ist noch auf drei Jahre zu pachten, evtl. auch von der dortigen Bergwerksgesellschaft zu kaufen, für einen ganz billigen Preis. Der Antritt kann sofort erfolgen. **Preis 700 000 Mark** bei 500 000 Mark Anzahlung.

66 Morgen Geesthof

in Padenstedt bei Neumünster halb Acker und halb Wiesen und Weiden, gute Gebäude, 4 Zimmer, isoliert, 20 Minuten von der Bahnstation Arpsdorf, 2 Pferde, 8—10 Jahre alt, 3 prima Kühe, 1 tragende Starke, 2 Stck. Jungvieh, 10 Schweine, 20 Hühner, 1 Göpel mit Dreschmaschine, kompl. totes Inventar, sofort zu übernehmen. **Preis 650000 Mk.** bei 500000 Mark Anzahlung.

Kleiner netter Geestbesitz

in Grauel bei Hohenwestedt, gute Gebäude, 3 Zim., 20 Morgen eigen und 26 Morgen Pachtland. Das Land ist guter Mittelboden, bestehend aus Wald, Acker und Wiesen und Weiden.

Vorhanden sind 1 Pferd, 4 Kühe usw. **Preis 300000 Mk.** bei 200000 Mark Anzahlung.

Gastwirtschaft mit Hökerei

in Heiligenstedten bei Itzehoe gute massive Gebäude, Gaststube, Saal, 3 Zimmer, Laden mit voller Einrichtung, Garten sowie noch 2 Morgen Pachtland.

Der Besitz war 25 Jahre in letzter Hand und wurde nur altershalber verkauft. **Preis 160000 Mk.** bei 150000 Mark Anzahlung.

Kolonial- und Fettwaren-Geschäft

in Heide in Holstein, große neue Gebäude, zwei vermietete Wohnungen, Hofplatz, Garten, schöner Laden mit sehr großen Schaufenstern, tadellose Ladeneinrichtung, großer Umsatz, **Preis 180000 Mk.** Anzahlung nach Vereinbarung. Eine schöne Dreizimmer-Wohnung wird frei. Das Geschäft liegt in einer sehr guten Geschäftsstraße von Heide.

Einfamilienhaus

mit 1600 Quadratmetern Garten am Hause, gute Gebäude, 3 Zimmer, belegen in Bendorf bei Hademarschen, sof. beziehbar. **Preis 65000 Mk.** bei 50000 Mk. Anzahl.

Näheres

Otto Steffens, Itzehoe in Holst.

Bahnhofswirtschaft, Telephon 600

Breslau

Landwirtschaftlicher Maschinenmarkt
Technische Messe
Baumesse
18.—20. Mai 1922

Alle Auskünfte über Pass-, Einreise-Wesen, Unterkunft usw. durch das **Breslauer Messe-Amt**

Billigste Bezugsquelle für Putz- und Kurzwarengeschäfte

Łucjusz Wistuba, Wielka 7

Eing. ul. Kramarska

Ständig auf Lager sämtliche Artikel für Damenputz und alle Kurzwaren zu äußerst billigen Preisen

---

Pappdächer ∴ Teerungen

bei Garantieübernahme.

Steinkohlenteer, Klebemasse, Dachpappe, Pappnägel u. Teerbürsten in Friedensqualität liefert

Baumeister K. Günther, Poznan, Towarowa 21. Tel. 2945. Gegr. 1908.

Spezialgeschäft für Pappdächer.

Zwecks Erweiterung unseres Unternehmens suchen wir von sofort

entsprechende Räumlichkeiten

Wielkopolski Zakład Graficzny KONRAD ROZYNEK

Tel. 3747. Poznań, Wrocławska 38. Tel. 3747.

Herren- und Damenstoffe, Schneider-Zutaten, Weißwaren, Etamine usw. aus erstkl. Firmen.

Jerzy Blin, Poznań, ulica Pawła 4, I.

Schiefer — Pappe



Dachteerungen

Fa. Joseph May

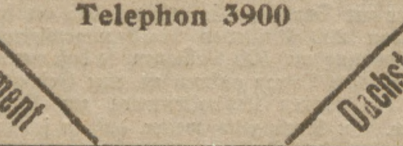
Inhaber R. May (6322

ältestes deutsches Geschäft der ehemaligen Provinz Posen

Poznań, św. Marcin 15

Telephon 3900

Holzcement — Dachsteine



Satzkarpfen Satzschleien

hat per sofort abzugeben.

von Willichsche Güterverwaltung, Gorzyn, powiat Międzychód.

Backpflaumen und Kartoffeln

(6191

kaufen bei höchsten Preisen jedes Quantum.

Erbitten Festangebote mit Mengen- und Qualitätsangaben (möglichst Muster).

Gustav Müller & Sohn, Zentral-Markthalle, Berlin.

Telegr.-Adr.: „Hallenobst". Telephon: Königstadt 3495.

In meinem Heim finden Schüler und Schülerinnen der **deutschen höheren Privatschule** gute Aufnahme und sachgemäße Unterstützung bei den Schularbeiten. (6002

Gertrud Langenmayr, Rogoźno (Rogasen).

Jetzt ist die günstigste Pflanzzeit!

20000 starke Spargelpflanzen

1- und 2jährig, Braunschweiger und Schneekopf, hat noch abzugeben (6282

die Gärtnerei Oborzyska-Stare p. Kościan.

Säcke

aller Art, Erntepläne, Wagenpläne, Schlaf- u. Pferdedecken bieten zollfrei an (6031

R. Deutschendorf & Co., Danzig,

Milchkannengasse 27. Teleph. 346, 5907. Gegründet 1869

Das **Dachdeckergeschäft** von

Ignacy Orlicki

Swarzędz, Rynek,

führt

sämtliche Dachdecker- und Klempnerarbeiten

aus, wie:

Teerungen, Reparaturen beschädigter Dächer bei Verwendung eigenen sehr gut. Materials

Mässige Preise

Deutscher Beamter in höherer Stellung sucht für sofort oder zum 1. Mai

1 oder 2 gut möblierte Zimmer

in besserem deutschen Hause. Offerten unter **L. D. 6287** an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Spielplan des „TEATR WIELKI" m. Poznania

Dienstag, den 11. 4. 22 um 7½ Uhr **„Carmen",** Oper von J. A. Bizet.

Mittwoch, den 12. 4. 22 um 7½ Uhr: **„Stworzenie Swiata" („Gründung der Welt"),** Oratorium von J. Haydn. Dirigent Ks. Prof. Gieburowski.

Sonntag, den 16. 4. 22 um 7½ Uhr: **„Halka",** Oper von St. Moniuszko.

Ständig am Lager:

Sämtlicher

Bürobedarf
Papiere aller Art
Postkartenalben-Poesie
Gemälde-Bilder-Rahmen
Postkarten

größtes Lager am Platze.

Papierhaus Schiller

ul. Skolna 10 (Schulstr.), am Stadtkrankenhaus.

D B

Sonnabend d. 15. April, abds. 8 Uhr, im grossen Saale des Evangl. Vereinshauses:

„Oster-mysterium".

(6277

Spielgem. Marowski.

Eintrittskarten zu 300, 200 und 100 Mk. in der Evangelischen Vereinsbuchhdlg.

PAŁACOWY Teatr

plac Wolności Nr. 6.

Vom 10.—16. April:

Um Brot

oder

Die Tugend siegt

Tragödie in 6 grossen Akten.

Die Beleidigung

gegen **Fräulein M. Jung, Otto Kniestedt** und **Erich Gazke** in **Owieczki** nehme ich reuevoll zurück und bezeichne jedes ausgesagte Wort als **Lüge.** (6324

Owieczki, d. 3. April 1922.

Edmund Ernst,

Knecht bei Herrn Gühts.

Suche zum Tausch:

Güter von 400 bis 1500 Mrg. Landwirtschaften über 200 Mrg. Bei Tausch garantiere Auswanderung mit gesamtem Vermögen. Kaufe Güter jeder Größe. Gutsbes. **A. Pieper, Toruń, Bydgoska 74. Tel. 822.**

Tücht. Kaufmann von angenehm. Äußern in gesetzten Jahren, 40 er, **sucht** baldige

Einheirat

in ein **Posener Geschäft,** eventl. auch in **Gast-** oder **Landwirtschaft.** Gefl. Ang. v. Damen; auch junge Witwen unt. **R. M. 6338** an die Geschäftsst. d. Blattes erbeten.

Witwer,

evangl., Anfang 40 er, besserer Handwerker, vertraut in der Landwirtschaft, wünscht eventl.

◆ Einheirat. ◆

Witwe mit Kind angenehm. Vermögen vorhanden. Angeb., wenn möglich m. Bild welches zurückgesandt w. nur v. Ernstgesinnt. u. **F G. 6339** a. d. Geschst. d. Bl.

Welcher edeldenkende

Hotel- oder Gasthausbesitzer

würde einen **jungen Mann,** der wegen Kriegsbeschädigung seinem Fach nicht nachgeh. kann, in die Lehre als **Kellner** auf 3 bis 6 Monate, auch nach **auswärts,** annehm.? Bin d. deutsch. u. poln. Sprache mächtig, auch schon als Hilfskellner tätig gewesen. Off. unt. **K B. 6 36** an die Geschäftsst. d. Bl. erb.

Ankäufe u. Verkäufe

Zimmer-Einrichtung,

sowie **Teppich und Gaskronen** preiswert zu verkaufen. Besichtigung von 2 bis 5 Uhr, **ul. Matejki 38 I. links.**

Schreibmaschine Marke

Continental

2—3 mal benutzt geg. Höchstgebot zu verkaufen. Ang. an die **Karthäuser Zeitung, Kartuzy, Pomorze.** (632[illegible]

Wohnungen

Sofort zu vermieten ein oder zwei sehr gut **möbliert. Zimmer,** in bester Lage **mit voller Pension.** Gefällige Angebote unter **P. W. 6337** an die Geschäftsst. d. Bl. erb.

Herr sucht zum 15. Mai

möbliertes Zimmer,

evtl. mit voller Pension. Gegend **Sołatsch oder Parknähe.** Off. u. **A. M 6291** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erb.

Die unierte evangelische Kirche in Polen.

Der in Warschau erscheinende und dem Generalsuperintendenten Bursche nahe stehende „Zwiastun Ewangeliczny" bringt in seiner Nr. 14 einen Bericht über die unierte evangelische Kirche in Polen, der in keiner Weise den Tatsachen entspricht. Abgesehen von unrichtigen Angaben über das Ergebnis der Genfer Verhandlungen über die Regelung der kirchlichen Verhältnisse in Oberschlesien berichtet der „Zwiastun Ewangeliczny" über inoffizielle Verhandlungen, die am 17. und 18. März d. Js. in Warschau zwischen Vertretern der polnischen Regierung (darunter Generalsuperintendent Bursche) und Vertretern der unierten evangelischen Kirche (Generalsuperintendent D. Blau und zwei Vertretern des Evangelischen Oberkirchenrates in Berlin) wegen des Verhältnisses der unierten evangelischen Kirche in Polen zum Staat stattfanden. Nach dieser Darstellung soll die unierte evangelische Kirche in Polen den sogenannten Naderschen Gesetzentwurf, den das Warschauer Konsistorium im Sejm hat einbringen lassen, anerkannt und angenommen haben, auf dieser Grundlage einen entsprechenden Gesetzentwurf für die unierte evangelische Kirche der polnischen Regierung in Vorschlag zu bringen. Obwohl eine Veröffentlichung des Verhandlungsergebnisses ursprünglich nicht vereinbart war, muß demgegenüber festgestellt werden, daß der Radersche Gesetzentwurf in keiner Weise die Grundlage dieser Verhandlungen bildete, und demgemäß selbstverständlich von der unierten evangelischen Kirche nicht anerkannt und angenommen worden ist. Im Naderschen Gesetzentwurf werden eine ganze Reihe von Fragen, die allein der innerkirchlichen Regelung unterliegen, im Wege eines Staatsgesetzes entschieden, ein Verfahren, dem die staatsfreie unierte evangelische Kirche in Polen und ihre Synode nie zustimmen werden. Die Regelung des Verhältnisses der unierten evangelischen Kirche in Polen wird nicht im Sinne des Naderschen oder gar des Bobekschen Gesetzentwurfes, sondern allein auf der Grundlage des Artikels 115 der polnischen Staatsverfassung geregelt werden, wonach die Kirche der religiösen Minderheiten und die anderen rechtlich anerkannten religiösen Verbände sich nach eigenen Gesetzen regieren, denen der Staat die Anerkennung nicht versagen wird, sofern sie nicht Bestimmungen enthalten, die mit dem Gesetz im Widerspruch stehen.

Um die deutsche Schutzpolizei.

Berlin, 10. April. (Tel.-Un.) Der Reichsminister des Äußern hat am 5. April General Nollet die Antwort der deutschen Regierung auf die Note der interalliierten Überwachungskommission vom 23. März in der Polizeifrage übermittelt. In der Antwortnote wird zunächst festgestellt, daß die deutsche Regierung bereits vor dem 23. März den interalliierten Hauptmächten ein Schreiben hat zugehen lassen, in dem die alliierten Mächte ersucht wurden, die inneren Gefahren zu berücksichtigen, die für Deutschland aus einer Schwächung der Schutzpolizei in ihrem jetzigen Zustande entstehen müßten. Dieses Schreiben ist unberücksichtigt geblieben. In der Note wird dann erklärt, daß die deutsche Regierung die in der Note vom 23. März ausgesprochene Forderung der Rückkehr zur Organisation der Polizei von 1913 anerkennt. Es heißt dann: Im Einverständnis mit den Regierungen der deutschen Länder bin ich schon jetzt in der Lage, Ihnen, Herr General, in Beantwortung Ihrer Note mitzuteilen, daß die deutsche Regierung von den in der Note vom 23. März enthaltenen Erklärungen der Kommission Kenntnis nimmt, wonach auch diese für die Länder die Möglichkeit wahren will, im Rahmen der übernommenen Verpflichtungen die Organisation der Polizei den seit 1912 eingetretenen veränderten Verhältnissen anzupassen. Die deutsche Regierung geht davon aus, daß darnach die für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung und damit auch des Wirtschaftslebens in Deutschland unentbehrlichen polizeilichen Grundlagen garantiert werden. Sie nimmt an, daß die Kontrollkommission unter der in der Note zum ersten Mal gebrauchten Formel „Rückkehr zur Organisation von 1913" die Erfüllung der im Friedensvertrag in der Note von Boulogne und in den Pariser Beschlüssen festgesetzten Verpflichtungen versteht. Wie vorausgeschickt, erkennt die deutsche Regierung für sämtliche deutschen Länder den Zustand von 1913 als Grundlage für die Organisation der Polizei an. Die Note erinnert zum Schluß an die Solidarität der Kulturvölker gegenüber Staat und Autorität vereinenden Elementen und weist auf die ernste Verantwortung für die innere Sicherheit des Kontinents hin, die aus einem Abgleiten Deutschlands in einen Zustand innerer Wirren entstehen würde.

Kundgebungen für den toten Kaiser Karl.

Wien 10. April. (Telunion.) Die Monarchisten veranstalteten am Sonnabend in der Kapuzinerkirche ein Requiem für den verstorbenen Exkaiser Karl. Nach der Kirchenfeier wurde in der Kirche wiederum die Volkshymne gesungen. Auf der Straße kam es zwischen den Anhängern der beiden monarchischen Parteien zu Zusammenstößen. Eine Abordnung der schwarz-gelben Legitimisten überreichte dem Vizekanzler eine Denkschrift, in welcher darum ersucht wird daß die Leiche Karls in Österreich bestattet werde und daß es im Gesetzeswege möglich gemacht werde, daß die Familie Karls in Österreich Aufenthalt nehmen könne. Weiter erschien eine Abordnung der Monarchisten bei dem ungarischen Gesandten und drückte ihm das Beileid aus.

Protest der kleinen Entente gegen Zitas Rückkehr nach Ungarn.

Ofenpest, 10. April. (Telunion.) Nachdem die ungarische Regierung bekannt gegeben hatte, daß sie gegen die Rückkehr der Exkönigin Zita und des Erzherzogs nichts einzuwenden habe haben die Vertreter der kleinen Entente in Ofenpest bei der ungarischen Regierung in einer scharfen Note Protest erhoben gegen die Rückkehr der Exkönigin und ihrer Familie nach Ungarn.

Studien und Unterricht.

Internationaler Studentenkongreß in Leipzig. In der Zeit vom 8. bis 10. April findet in Leipzig eine vom Auslandsamt der Deutschen Studentenschaft einberufene Internationale Studentenkonferenz statt. Auf ihr werden fast alle europäischen Studentenschaften, insbesondere die Studentenschaften Dänemarks, Norwegens, Schwedens, Hollands, der Schweiz, Ungarns, Spaniens, Österreichs vertreten sein. Auch nehmen Studenten aus den Vereinigten Staaten von Nordamerika und aus Argentinien an der Tagung teil. Ferner werden die großen internationalen Verbände, wie der Christliche Weltbund und die Pax Romana, sich in Leipzig vertreten lassen. Auf der Konferenz soll über das russische Hilfswerk sowie über die Gründung eines internationalen Sanatoriums für tuberkulose Studenten in der Schweiz verhandelt werden Sodann sollen Erfahrungen in Fragen des Studentenaustauschs, der Ferienkurse, der Studienreisen, des Bücheraustausches und der Briefwechselvermittlung ausgetauscht werden.

Die Deutsche Hochschule für Politik. Die Deutsche Hochschule für Politik (Berlin, Schinkelplatz 6) versendet eben ihren Studienplan für das im Mai beginnende Sommersemester 1922 (Preis 1,50 Mk.), mit dem auch ein Bericht über die bisherige Entwicklung der Hochschule verbunden ist. Danach sind die Veranstaltungen im letzten Semester von 1867 Hörern besucht worden, darunter 768 ordentliche Semesterhörer; die übrigen verteilen sich auf die verschiedenen Sonderkurse. Eine interessante Statistik gibt den Berufsaufbau und die Beteiligung von Ausländern; außerdem enthält der Bericht Mitteilungen über den weiteren Auf- und Ausbau. Die Deutsche Hochschule für Politik steht vor einer Erweiterung ihres Arbeitsfeldes, indem sie daran geht, die mannigfachen Wünsche, auch außerhalb Berlins politische Bildungsmöglichkeiten zu schaffen, zur Verwirklichung zu bringen. Sie hat sich zu diesem Zweck mit den Kursen der Reichstagsabgeordneten Frau von Oheimb vereinigt, die den Vorsitz der neu eingerichteten „Abteilung für Reichskurse" übernommen hat. Zweierlei Formen sind dabei vorgesehen: ein- bis zweiwöchentliche Kurse in solchen Städten, aus denen sich ein besonderes Bedürfnis meldet — sei es für die politisch interessierte Allgemeinheit, sei es zur politischen Ausbildung von besonderen Berufen — und ein regelmäßig jährlich einmal stattfindender mehrwöchentlicher Kursus, zu dem nach Goslar aus ganz Deutschland die Teilnehmer zu intensiver politischer Bildungsarbeit gesammelt werden sollen. Daneben politische Seminare an den Universitäten. Der Bericht teilt ferner mit, daß die Vorbereitung für die Anerkennung einer Prüfungsordnung und im Zusammenhang damit die Schaffung eigener selbständiger Lehrstühle an der deutschen Hochschule für Politik Fortschritte macht. Außerdem wird noch der „Frühjahrskursus für Staatswissenschaftliche Fortbildung" angekündigt. In Verbindung mit dieser Veranstaltung soll auch eine „Österreichische Woche" stattfinden, bei der Prof. Dr. C. Brockhausen (Wien), der österreichische Gesandte Dr. Riedel (Berlin) und Dr. G. Stolper (Wien) über Deutschösterreich.

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, 10. April.

Entlassung des Jahrgangs 1899.

Das Kriegsministerium hat, polnischen Blättermeldungen zufolge, ein Projekt der Demobilisierung der Mannschaften des Jahrgangs 1899 ausgearbeitet. Der Befehl wird in diesen Tagen sämtlichen Generalkommandos zugehen. Demobilisiert werden auch Soldaten dieses Jahrgangs, die erst kürzlich zum Heeresdienst einberufen wurden.

Die neue Konfirmationsordnung.

Der Palmsonntag, den die Kirche als letzten Sonntag vor dem Auferstehungsfeste begeht, galt bisher in der Stadt Posen und in den meisten evangelischen Gemeinden der ehemaligen Provinz Posen als Konfirmationstag, an dem die jungen Christen als vollzählige Glieder der Gemeinde bestätigt wurden. Mit diesem schönen frommen Brauche ist in diesem Jahre gebrochen worden infolge eines Beschlusses der letzten Provinzialsynode, die den geänderten Zeitverhältnissen, wenn auch schweren Herzens, Rechnung zu tragen sich gezwungen sah und den Konfirmationstag ein- für allemal auf den ersten Sonntag nach Trinitatis, das heißt also den Sonntag nach Pfingsten festgesetzt hat. Infolgedessen blieb die Konfirmation aus besonderen Gründen am gestrigen Palmsonntag auf eine einzige Kirche beschränkt. Die Tatsache der Verlegung des Konfirmationstermins, die wir bereits vor etlichen Wochen bekannt gegeben hatten, war wohl vielen Einwohnern unserer Stadt nicht mehr in der Erinnerung und führte zu mancherlei Überraschungen namentlich dann, wenn gestern Glückwünsche, Geschenke usw. für Konfirmanden eintrafen, die erst am 11. Juni d. Js. eingesegnet werden. Mit Rücksicht auf die Bedeutung der neuen Konfirmationsordnung seien deshalb deren wichtigste Punkte nachstehend noch einmal bekanntgegeben:

1. Als Konfirmationsalter ist das vollende 14. Lebensjahr festgesetzt. Das ist schon bei der Aufnahme in den Konfirmandenunterricht zu beachten, und Anträgen auf vorzeitige Aufnahme gegenüber ist größte Zurückhaltung zu üben. Die Entscheidung über die Zulassung zur Konfirmation selbst steht bei einem Fehlalter von 3 bis 6 Monaten den Superintendenten zu. Für ein Fehlalter von mehr als 6 Monaten bleibt wie bisher die Entscheidung dem Konsistorium vorbehalten.

2. Sehr schwierig war es, zu einer Vereinbarung über den Konfirmationstermin zu gelangen, da hier die bisherigen Sitten zu verschieden waren und die Wünsche zu weit auseinandergingen. Nach langen Verhandlungen und eingehender Beratung in mehreren Ausschuß- und zwei Vollsitzungen der Synode ist an Stelle des Palmsonntags, der zum Beispiel in Posen und den pommerellischen Städten bisher Konfirmationstag war, und eines Sonntags im Herbst, wie es in den Landgemeinden Pommerellens üblich war, der Trinitatissonntag, das heißt der Sonntag nach dem Pfingstfeste, gesetzt. An den wenigen Orten, an denen noch mehrere Abteilungen in einer Kirche konfirmiert werden, und in den vertretungsweise von Nachbargeistlichen pastorierten Gemeinden muß natürlich die eine Konfirmation einem anderen Sonntage — wir bestimmen dafür den ersten Sonntag nach Trinitatis — oder an einem Wochentage vollzogen werden; letzteres soll aber in jedem Falle eine Ausnahme bilden. Wo bisher am Palmsonntag die Einsegnung stattfand, ist sie bereits in diesem Jahre auf den Trinitatissonntag zu verlegen. Ausnahmen können nur aus zwingenden Gründen zugelassen werden, doch ist in jedem Falle dazu rechtzeitig (bis zum 1., in diesem Jahre bis zum 10. Februar) die Genehmigung des Konsistoriums nachzusuchen.

3. In allen Gemeinden ist mit dem neuen Konfirmandenunterricht in der ersten Woche nach den Sommerferien zu beginnen.

4. Endlich hat die Synode die Ausdehnung des Konfirmandenunterrichts auf zwei Jahre beschlossen, und zwar soll tunlichst im ersten Jahre der Unterricht als Vorbereitungs-(Katechumenen-)Unterricht angesehen, im zweiten der eigentliche Konfirmandenunterricht erteilt werden. Es wären dann dementsprechend zwei Abteilungen, eine Katechumenen- und eine Konfirmandenabteilung, zu bilden. Wie sich die Erteilung eines zweijährigen Unterrichts mit dem Schulunterricht wird vereinigen lassen, kann erst auf Grund von Verhandlungen mit den Schulbehörden festgestellt werden.

Diejenigen Kinder, die bis zum 1. Juni (allenfalls 1. Oktober) 1923 das 14. Lebensjahr vollenden, sind auf Verlangen der Eltern in einem Jahreskurse zu unterrichten und können, wenn sie die

Deutsche Namen ausländischer Pflanzen.

Wenn ein Erzeugnis des Auslandes in Deutschland bekannt wurde, so konnte sein fremder Name entweder übernommen oder übersetzt oder durch einen selbstgeschaffenen wiedergegeben werden. Das erste ist am häufigsten, wie die zahlreichen Fremdwörter unserer Sprache beweisen; das dritte findet sich am seltensten; doch ist es fesselnd zu beobachten, bei welchen von auswärts stammenden und in Deutschland eingeführten Gegenständen unser Volk von Haus aus eigene selbständige Bezeichnungen geschaffen hat. Am häufigsten begegnen wir selbstschöpferischer Tätigkeit unseres Volkes auf dem Gebiete der drei Naturreiche, zunächst bei Pflanzen. Die „Zeitschrift des Allgemeinen Deutschen Sprachverein", Berlin, führt dazu aus: Dahingehört der arabische Weihrauch, der schon in althochdeutscher Zeit unter Einwirkung der christlichen Kirche seinen deutschen Namen Wihrouch, geweihtes, heiliges Räucherwerk erhielt. ferner die Baumwolle und das Baumöl, die beide im mittelhochdeutschen Schrifttum bezeugt sind und von denen jene im Gegensatz zur Schafwolle, dieses im Gegensatz zum Mohn- und Leinöl benannt worden ist. Sodann sind hier zu nennen das Johannisbrot, das diesen Namen seit dem 15. Jahrhundert trägt und nach Johannes dem Täufer bekommen hat, der sich in der Wüste davon genährt haben soll. Seit Ende des 16. Jahrhunderts hielten zahlreiche Blumen und Ziersträucher des europäischen Südens und des Morgenlandes ihren Einzug in die damals neu angelegten botanischen Gärten deutscher Hochschulen. Weil man aber die fremde Bezeichnung für feiner ansah, wählte man meist diese. Daher treffen wir nur wenige deutsche Namen an, so den der Gartennelke, wie man diese Lieblingsblume der italienischen Renaissance nach der Ähnlichkeit mit einem kleinen Nagel benannte, ferner den des (türkischen) Holunders oder Flieders, auf den man die Benennung des heimischen Sambukusstrauches übertrug, der aber noch mundartlich, z. B. im Elsässischen, den türkischen Namen Lilak führt, ein Wort, das im Neuhochdeutschen als Farbenbezeichnung in der Form lila erhalten ist. Um jene Zeit wurde auch die in Persien heimische, stolze Kaiserkrone bei uns eingebürgert, die von den Europäern zuerst in den Gärten Konstantinopels gesehen worden war. Gleichfalls morgenländischen Ursprungs ist eine Feldfrucht, der Buchweizen, der von der Ähnlichkeit der Körner mit Buchleckern so benannt worden ist, sich aber schon durch die mundartlichen Namen Heidenkorn, Tater(gleich Tataren)korn, Gricken (gleich Griechen-Korn) als Ankömmling aus dem Osten ausweist. Nach der Heimat bezeichnete man die aus Welschland, d. h. Italien oder Frankreich, zu uns gebrachte welsche Nuß oder Walnuß (gleich Walchnuß, Nuß der Walchen, d. h. Welschen) und die aus der Lombardei stammende Lampertsnuß (im 16. Jahrhundert Lampartische Nuß, d. h. Nuß aus Lamparten, der älteren Namensform des Landes der Langobarden). Von den Niederländern mit deutschem Namen eingeführt wurde der italienische Blumenkohl (niederländisch: Bloemkool), für den die Oberdeutschen den fremden Ausdruck Karfiol gebrauchen, ebenso die amerikanische Feldfrucht der Kartoffel, deren mundartliche Bezeichnung Erdapfel der niederländischen (Aardaapel) genau entspricht. Und wenn in verschiedenen Gegenden Deutschlands dasselbe Gewächs Grundbirne heißt, so ist das ein neuer Beweis dafür, daß das Volk seine Sprache mehr vor Fremdwörtern gehütet hat als die Gebildeten. Übrigens kennt auch die Schriftsprache eine Grundbirne als Bezeichnung der amerikanischen, besonders als Futtermittel verwendeten Pflanze Topinambur, die nach ihren birnenartigen Wurzelknollen so benannt worden ist. Zu diesen Erzeugnissen des Auslandes haben sich im Laufe der Jahrhunderte noch andere gesellt, wie der amerikanische wilde Wein und der Tulpenbaum, ferner Blumen, die nach den sie einführenden Männern oder von ihnen zu Ehren von Freunden bezeichnet worden sind, so die Kamelie, die der Brünner Jesuit Josef Kamel 1738 aus Japan nach Europa gebracht hat, die südamerikanische Fuchsie, die nach dem Tübinger Pflanzenforscher Fuchs, die aus Mexiko gebürtige Dahlie, die nach dem schwedischen Botaniker Dahl genannt worden ist, während dieselbe Blume nach der Veredelung später den Namen des Petersburger Gelehrten Georgi (daher Georgine) erhielt. Außer diesen in Deutschland eingebürgerten Gewächsen hat man auch mehrfach solche, die nicht auf deutschem Boden heimisch geworden sind, mit deutschen Bezeichnungen versehen, z. B. die Erdnuß, den Erdbeerbaum, die Mohrhirse (Durra), den australischen Brotfruchtbaum, den afrikanischen Affenbrotbaum, das spanische Rohr, den Drachenbaum, die neue Würze u. a.

Bunte Zeitung.

○ **Bismarcks Ringen mit dem sprachlichen Ausdruck.** Es ist oft keine leichte Aufgabe, schwer verständliche Fremdwörter durch treffende deutsche Ausdrücke zu ersetzen. Man sucht, glaubt endlich das Rechte gefunden zu haben und muß es doch manchmal wieder verwerfen. Über solche Arbeit im Dienste der Muttersprache rümpfen wohl manche die Nase. Sie nennen solche Bemühungen kleinlich und undankbar. Nun, diese Spötter werden mit einigem Staunen lesen, wie Bismarck um einen guten, klaren Ausdruck mehrere Tage hindurch geradezu gerungen hat. In seiner Rede am 18. Februar 1878 wollte er die Stellung des Deutschen Reiches zu den auf der Balkanhalbinsel drohenden Verwicklungen einleuchtend kennzeichnen. Schon am Anfang des Monats diktierte er Thiedemann, der in seinen Lebenserinnerungen davon erzählt, auf einem Spazierritt als Leitsatz für die Rede: „Wir wollen uns in Europa auf die Stelle des Mittlers in den Wahlverwandtschaften beschränken." Da er aber meinte, daß nicht alle Reichstagsabgeordneten diese Anspielung verständen. und da er durchaus klar reden wollte, so diktierte er seinem Begleiter am folgenden Tage: „Wir wollen in Europa nur die Rolle eines Maklers im Proxeneticum spielen." Am dritten Tage sagte er, der Begriff Proxeneticum sei nicht jedem geläufig; er wolle lieber sagen „eines ehrlichen Maklers, der das Geschäft wirklich zustande bringen wolle". Das klinge einfacher und sei allgemeinverständlich. So blieb es denn auch, und der ehrliche Makler ist zum geflügelten Wort geworden. Ein lehrreiches Beispiel: Dem großen Bismarck, dem Mann der Tat, ist es nicht zu gering, trotz seiner Arbeitslast mehrere Tage lang nach einem klaren, allgemeinverständlichen Wort zu suchen. Aus seiner Wertschätzung der Klarheit der Sprache könnten unsere zeitgenössischen Literaten und Wortvergewaltiger viel lernen.

○ **Wieviel Menschen wohnen auf der Erde.** Die Frage, wieviel Menschen der ganze dauernd bewohnte Erdenraum beherberge, wieviel er ernähren könne, gewinnt gerade nach einem Schöpfungsvorgang, wie ihn ein Krieg und mit ihm verbundene Unterernährung und erhöhte Sterblichkeit veranlassen, verstärktes Interesse. Diesem kommt eine kürzlich erschienene Schrift über „Die Verbreitung der Menschen auf der Erdoberfläche" entgegen, die der Freiburger Geographieprofessor Norbert Krebs in der Sammlung „Aus Natur und Geisteswelt" veröffentlicht hat. Hatte der Göttinger Geograph Hermann Wagner für den Anfang des 19. Jahrhunderts nur 1000 Millionen Menschen auf der Erde gerechnet, so geben die Hübnerschen Tabellen für das Jahr 1916 1671 Millionen an, ohne damit die höchste Gesamtzahl der Berechnung zu erreichen. Von den 1671 aber fallen auf Asien 875, auf Europa 459, auf Nordamerika 137, auf Südamerika 56, auf Afrika 130 und auf Australien und Ozealien 8 Millionen. Von den Asiaten wohnen in Ostasien, das heißt vor allem in dem Riesenreich 402 Millionen, freilich liegt hier keine Volkszählung zugrunde; Vorderindien hat 324 Millionen, Mitteleuropa mit Polen und Osteuropa mit den baltischen Ländern haben fast die gleiche Bewohnerzahl, 130 und 123 Millionen, während Westeuropa mit Belgien und den Niederlanden nur 100, Südeuropa mit Rumänien sogar nur 89 Millionen zählt. Von den 137 Millionen Nordamerikanern kommen auf das angelsächsische Amerika 107 Millionen. Im Anschluß an diese Zahlen ist es für uns besonders wichtig, die Zunahme der Bevölkerung in den einzelnen europäischen Staaten zu erfahren. Krebs stellt eine Statistik für den vierzigjährigen Zeitraum von 1871—1910 zusammen. Während Rußland ohne Polen und Finnland von 63,6 auf 118,9 Millionen, das heißt um 86,5 Prozent gewachsen ist, hat Deutschland von 41 auf 65 Millionen = 58,2 Prozent, Österreich-Ungarn von 35,6 auf 51,4 Millionen = 44,4 Prozent, Großbritannien von 31,8 auf 45,6 Millionen = 43,4 Prozent, Frankreich aber nur von 36,8 auf 39,6 Millionen = 7,6 Prozent zugenommen. Die Zunahme in Japan betrug 47,4 Prozent, die in den Vereinigten Staaten 118,8 Prozent. In den Mitteilungen über die Volksdichte ist die Feststellung, daß 50 Prozent des bewohnten Erdraumes weniger als einen Menschen auf einen Quadratkilometer haben, von besonderem Interesse. „Raum für alle hat die Erde!"

nötige Reife erlangt haben, am Trinitatissonntag 1923 eingesegnet werden. Für alle jüngeren Kinder besteht von jetzt ab die Pflicht zu einem zweijährigen Besuch des Unterrichts.

Die Evangelisation, die Pastor Hesekiel-Bromberg im Auftrage des Landesverbandes der Inneren Mission während der vergangenen Woche veranstaltete, hat mit dem Sonnabend-Vortrag ihr Ende erreicht. Das Lebens- und Charakterbild des Petrus wurde bis zu den Begegnungen des Jüngers mit dem Auferstandenen weitergeführt und mit dem Pfingstereignis abgeschlossen: sie wurden alle voll des heiligen Geistes. Auch diese Evangelisation hatte, wie die der beiden vorangegangenen Jahre durch Missionsinspektor Beyer, ihre ganz persönliche Eigenart. Hatten die religiösen Vorträge des Missionsinspektors Beyer unsern Blick auf das Missionsfeld ferner Erdteile gerichtet und die Missionserfahrung für das persönliche und Gemeindeleben der Heimat fruchtbar gemacht, so ruhten die Ausführungen von Pfarrer Hesekiel auf der bodenständigen religiösen Geschichte unseres Landes, unserer hiesigen Heimat, in deren letzten religiösen Bewegungen der Vortragende seit 30 Jahren gestanden hat. Die Frucht einer so ausgebreiteten seelsorgerlichen Erfahrung mußte besonders denen zugute kommen, die nicht nur die öffentlichen Vorträge regelmäßig besuchten, sondern auch an den Bibelbesprechungen teilnahmen, und denen, die den Vortragenden in seiner Sprechstunde aufsuchten. Pastor Hesekiel wies zum Schluß seine Hörer auf die Notwendigkeit der Teilnahme an dem Leben ihrer hiesigen Gemeinden hin.

Miljonówkaziehung. In der Sonnabendziehung gewann das Los Nr. 1 735 216.

Die Geschäftsräume des Deutschtumsbundes sind von Freitag, den 14. April (Karfreitag) bis Montag, den 17. April einschließlich geschlossen.

× Erschossen hat sich Sonnabend nachmittag in der Kaserne des 57. Inf.-Regts. der frühere Sergeant Anton Hoyke, 25 Jahre alt, aus Mirków, Kr. Kempen, der jetzt vom Militär entlassen worden war. In einem hinterlassenen Briefe an seine Braut gibt er an, daß er die Tat aus Gram begangen habe, und bittet um ein ehrliches Begräbnis auf einem Friedhofe.

× Verloren wurde gestern eine schwarz-gelbe, sehr fette Wolfshündin mit einem gelben Halsband. Es wird gebeten, den Hund im Zimmer 2 der Kriminalpolizei abzuliefern.

× Aufklärung eines Diebstahls. Am vorigen Montag wurden von dem Grundstück ul. Dąbrowskiego 30 (fr. Große Berlinerstr.) zwei Pferde samt Geschirren gestohlen. Die Täter sind inzwischen ermittelt und die Pferde dem Eigentümer wieder zugestellt worden. Die Diebe waren der 26jährige Fleischer Roman Andrzejewski, der 35jährige Fleischer Josef Grochowina, ein früherer Knecht des Bestohlenen, der 53jährige Wojciech Kryšiak und als Helfershelfer kommt der 21jährige Leon Kolacki in Frage; sie wurden sämtlich verhaftet.

× Beschlagnahmte Diebesbeute. Einem jungen Manne wurden auf der Chwaliszewo (früher Wallischei) eine gelbe Aktentasche, ein Paar Herrenstiefel, eine Jacke und ein Schal abgenommen. Die Sachen stammen vermutlich aus einem Diebstahl her und können im Zimmer 6 der Kriminalpolizei besichtigt werden.

× Diebstähle. Aus dem Hause ul. Forteczna 34 (früher Festungsstraße) wurde ein großer Posten Wäsche, ein Reisekorb mit 25 Pfd. Grütze, 15 Pfd. Obst, Erbsen usw. im Werte von 150 000 M. gestohlen. — Aus dem Hause ul. Kraszewskiego 6 (fr. Hedwigstr.) wurden ein Herrenanzug, ein Winterüberzieher und mit den Buchstaben M. K. und W. C. gezeichnete Wäsche im Werte von 450 000 M. gestohlen.

Besitzwechsel.

* Inowrocław, 9. April. Das Rittergut Szadłowice haben, dem „Kuj. Bot." zufolge, die Brüder Leonhard und Stanisław Bieniaszewski von dem bisherigen Besitzer Major Schwarz, der nach Deutschland abwandert, käuflich erworben. Die neuen Besitzer begründeten eine Polnisch-Amerikanische Ansiedlungsbank G. m. b. H. Man nimmt an, daß das Rittergut zu Spekulationszwecken gekauft worden ist.

* Gnesen, 9. April. Die Dampfmühle von Moritz Cohn & Sohn ist an die polnische Aktiengesellschaft „Osada" für 54 Millionen Mark übergegangen.

w. Wollstein, 9. April. Die evangelische Schule in Karpicko ist in eine katholisch-polnische umgewandelt worden. — Die Verwaltung der evangelischen Schulstelle Tuchorza-West ist durch die Hilfslehrerin Fräulein Petzold aus Bentschen besetzt worden. Die ebenfalls durch Abwanderung erledigte Lehrerstelle Blenke ist der Hilfslehrerin Fräulein Viermann übertragen worden. — Der Kreisverein des Deutschtumsbundes Wollstein hat im Gebäude des Waisenhauses eine eigene Geschäftsstelle eingerichtet. Die hauptamtliche Verwaltung führt der Kreisgeschäftsführer Weirauch. — Als Maßnahme gegen die Teuerung hat sich hier auf Veranlassung des polnischen Lehrervereins eine Genossenschaft zum Warenbezug des täglichen Bedarfs gebildet, dem sich zahlreiche Beamte aller Arten angeschlossen haben. — Die hiesigen Staats- und Kreisbeamten haben eine Entschließung um Versetzung der Stadt Wollstein aus der 3. Ortsklasse in eine höhere an das Ministerium gesandt.

ck. Lissa 7. April. In der letzten Stadtverordnetensitzung wurde an Stelle des ausgewanderten Stadtv. Baum der Stadtv. Herkner eingeführt und verpflichtet. Damit ist die Liste der deutschen Kandidaten erschöpft. Im ganzen sind nun 7 deutsche Stadtverordnete in dem 24 Mitglieder zählenden Stadtparlament. Bei der Beratung des Voranschlages ergab sich eine Einnahme von 6 113 680 Mk., der eine Ausgabe von 8 153 564 Mk. gegenübersteht. Von dem hiernach entstehenden Fehlbetrag von 2 039 884 Mk. werden 1 530 000 Mk. auf langfristige Anleihe übernommen, so daß 509 000 Mk. als Saldovortrag für 1921 vorgetragen werden. Die Einschätzung der Steuerzahler für 1921 ist leider noch nicht beendet: nach vorläufigen Mitteilungen der staatlichen Einschätzungskommission dürften 20 000 000 Mk. Staatssteuern auf die Stadt entfallen. Wegen der so sehr verspäteten Einschätzung und der Unmöglichkeit der Berechnung der Gemeindesteuer und dadurch der Einziehung von Steuern ist die Stadt in die schlimme Lage gekommen, zur Bezahlung der Gehälter an die Beamten und sonstigen laufenden Ausgaben Darlehen aufzunehmen, und zwar, da die Stadtsparkasse erschöpft ist, mußte ein Darlehn bei einer hiesigen Bank aufgenommen werden. Ein weiterer Gegenstand betraf die Änderung der Ortssatzung der Pflichtfeuerwehr, und zwar dahin, daß für die Befreiung von der Löschpflicht statt bisher 100 Mk. künftighin 5000 Mk. bezahlt werden müssen. Bei der Beratung über den notwendigen Anbau von Amtsräumen am Verwaltungsgebäude der Gasanstalt, der nach langen Verhandlungen beschlossen wurde, kam zur Sprache, daß in der Gasanstalt eine Benzolfabrik eingerichtet werden wird, für die ein Kredit zu sehr niedrigem Zinsfuß bereits in Aussicht steht. Für die bestehende „Billige Küche", aus der Arme und Arbeitslose Kost zu sehr billigem Preise erhalten, und die bisher aus freiwilligen Zuwendungen der Bürger und umliegender Güter unterhalten wurde, beschloß die Versammlung eine namhafte Zuwendung.

* Ostrowo, 10. April. Ministerpräsident Ponikowski traf am Sonnabend in der Nacht um 3 Uhr 40 Min. in Ostrowo ein, von wo er sich um 8 Uhr morgens in einem Auto nach Krotoschin begab. Auf seinem Wege fuhr er durch die Güter des Fürstentums Krotoschin, die dem Fürsten von Thurn und Taxis gehören und sich unter der Zwangsverwaltung der Abteilung für Staatsgüter der Wojewodschaft Posen befinden. Zu Ehren des Ministerpräsidenten gab der Bevollmächtigte der Wojewodschaft, Direktor Nakowski, im Krotoschiner Schloß ein Frühstück. Im Gefolge des Ministerpräsidenten befanden sich der Minister für das ehemalige preußische Teilgebiet, Wybicki, Vizeminister Wachowiak, der Wojewode Celichowski, der Direktor des Departements für Staatsgüter, Belza-Ostrowski, der Leiter des Ausschusses für Staatsgüter, Dr. Osowiecki.

* Inowrocław, 9. April. In der am Dienstag abgehaltenen Stadtverordnetensitzung wurde u. a. das Gehalt für den neuen Direktor des Solbades, W. Kortus, festgesetzt. Bei dieser Gelegenheit wurde mitgeteilt, daß der Solbadpark durch Angliederung eines Stückes Land links hinter dem Garten der Starostei vergrößert, und daß die Arbeiten zur Vergrößerung des Solbades bereits in Angriff genommen worden sind. Ferner wurde von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen, den städtischen Arbeitern an Stelle der ihnen anläßlich des Streiks versprochenen 1500 bis 3000 Mk. eine einmalige Beihilfe von 40 v. H. von den Monatslöhnen auszuzahlen. Das Wassergeld wurde auf 35 Mk. für den Kubikmeter festgesetzt. Zum Schluß wurde ein neuer Droschkentarif beschlossen: der Tageskurs innerhalb der Stadt kostet für eine Person 200 Mk., für zwei Personen 250 Mk., für drei Personen 300 M., für vier Personen 350 Mk., die Nachtkurse sind um 50 M. höher. Der Gepäcktarif bleibt derselbe wie früher.

* Thorn, 9. April. Seinen Gläubiger zu vergiften versuchte, wie die „Thorn. Ztg." mitteilt, ein gewisser Schuhmacher Josef Smolinski, der seinerzeit in Bromberg den 36jährigen Schneider Jan Karusel aus Polska Łąka, Kreis Schwetz, kennen gelernt und von ihm angeblich zur Beschaffung von Werkzeug 50 000 M. geliehen hatte. Nunmehr sollte S. seinem Gläubiger den Betrag zurückgeben und bestellte ihn zwecks Inempfangnahme nach Thorn. Hier unternahmen sie einen Spaziergang nach der Jakobsvorstadt. An den abgebauten Wällen traktierte S. seinen Gläubiger mit einem Fläschchen Schnaps, der aber eine sehr unheilvolle Wirkung ausübte. Der verbrecherische Schuldner verließ darauf sein Opfer, das sich in Schmerzen am Boden wand, in der Meinung, daß sein letztes Stündlein bald schlagen werde und er sich seines Gläubigers auf diese Weise entledigt habe. Der Vergiftete wurde jedoch am nächsten Tage früh noch lebend, wenn auch ohne Bewußtsein, aufgefunden und von der Polizei in das städtische Krankenhaus geschafft, wo er nach ärztlicher Hilfe zu sich kam und den Anschlag enthüllen konnte. Hoffentlich gelingt es der Kriminalpolizei, den gewissenlosen Verbrecher zu fassen und ihn dem Arm der Gerechtigkeit zu übergeben.

* Thorn, 9. April. In der letzten Stadtverordnetensitzung wurde der Erhöhung der Tagesgebühren für Kranke im städtischen Krankenhause zugestimmt. Die neuen Sätze sind folgende: Erwachsene zahlen in der 1. Klasse 1500 M. (1000), in der 2. Klasse 1000 M. (700), Krankenkassenmitglieder 450 M. (400). Kinder zahlen in der 1. Klasse 1400 M. (1200), in der 2. Klasse 1200 M. (1000), von der Krankenkasse aus 700 (600) M. Die eingeklammerten Zahlen geben die früheren Sätze an. Dem 63. Infanterie-Regiment in Thorn wurden, trotz des Widerspruchs der Linken, 100 000 M. als noch fehlender Betrag zur Anschaffung einer Fahne gestiftet. Die Gebühren auf dem Vieh- und Pferdemarkt wurden beträchtlich erhöht. Auf eine dringliche Anfrage der Nationalen Arbeiterpartei betr. die geplante Einrichtung einer städtischen Fleischerei erwiderte Stadtpräsident Dietl, daß dazu mindestens 15 Millionen Mark Kapital notwendig wären, und daß die Preise auch nur um 10 M. das Pfund herabgesetzt werden könnten. Aus diesem Grunde hätte der Magistrat sich an die Fleischer mit der Aufforderung um Erniedrigung ihrer Preise gewandt und wolle sich nach erfolgter Antwort weiter mit der Sache befassen.

Aus Ostdeutschland.

* Aus Pommern, 6. April. Die ersten wärmenden Sonnenstrahlen im kalten März hatten genügt, um die Kreuzotter aus dem Winterschlaf zu erwecken. Auf einer kurzen Strecke auf der pommerschen Insel Usedom am Bahnhof Carlshagen-Trassenheide wurden von Bahnarbeitern an einem Tage sechs, am nächsten Tage sogar zwölf dieser Giftschlangen gefunden und getötet. Es befanden sich darunter Tiere von mehr als 60 Zentimeter Länge und mehr als zwei Finger Stärke.

Neues vom Tage.

§ Hochwasser im Schwarzwaldgebiet. Seit Donnerstag führen die Schwarzwaldbäche und -flüsse Hochwasser und richten großen Schaden an. Das Dreisamtal steht durch weite Strecken unter Wasser. In verschiedenen Orten des Kinzigtales wurden Stege und Brücken hinweggerissen. Auch die Kander hat, namentlich bei Kandern, erhebliche Schäden angerichtet.

§ Ein internationaler Studentenkongreß wurde am Sonnabend, dem 8. April, im kleinen Senatssaal der Universität Leipzig durch den stellvertretenden Vorsitzenden der deutschen Studentenschaft, Zimmermann, eröffnet. Unter den 80 ausländischen Studenten befinden sich die offiziellen Vertreter der Studenten von 15 Nationen. Außerdem sind für die in Deutschland studierenden Russen, Türken und Griechen, sowie für die in England studierenden Amerikaner und Australier Vertreter erschienen. Zimmermann betonte in seiner Begrüßungsrede, der Kongreß verfolge keinerlei politische Ziele, sondern wolle einzig und allein kulturelle Fragen behandeln. Die augenblicklich brennendste Frage sei die Gründung eines internationalen Sanatoriums für tuberkulöse Studenten. Leitgedanke der Konferenz soll sein, mitzuhelfen am Wiederaufbau einer zivilisierten Welt.

Briefkasten der Schriftleitung.

(Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsquittung unentgeltlich, aber ohne Gewähr erteilt. Briefliche Auskunft erfolgt nur ausnahmsweise und wenn ein Briefumschlag mit Freimarke beiliegt.)

F. F. in K. 1. Die Kosten dieses Visums werden von Fall zu Fall festgesetzt; Sie müssen sich deshalb wegen der Beantwortung Ihrer Frage an die deutsche Paßstelle in Posen, Aleje Chopina 3a (fr. Kirchbachallee) wenden. 2. Die Schwierigkeiten sind für Optanten wie Nichtoptanten die gleichen.

O. W. in Fsths. S. Sie können unter allen Umständen damit rechnen, daß Sie Ihre Sachen zollfrei mitnehmen dürfen.

B. A. K. 100. Sie sind unter diesen Umständen keinesfalls zur Abgabe eines Zimmers verpflichtet, da jede erwachsene Person Anspruch auf ein eigenes Zimmer hat. Wenden Sie sich beschwerdeführend an Ihren Starosten.

S. Eichenstein. 1. Wenn keine besondere Vereinbarung getroffen ist, in welcher Valuta die 3000 M. gezahlt werden sollen, muß sich Ihre Tochter mit der Zurückzahlung in polnischem Gelde zufrieden geben. Ihre Schankkonzession kann Ihnen aus dem angegebenen Grunde nicht entzogen werden. 3. Ob Sie optiert haben oder nicht, jedenfalls sind Sie verpflichtet, Ihre Kinder in die Schule zu schicken.

G. N. 100. Nach den hier geltenden Bestimmungen muß der Gläubiger sich mit der Rückzahlung in polnischer Valuta einverstanden erklären, wenn er in der Republik Polen angesessen ist. Ein deutscher Hypothekengläubiger, der in Deutschland seinen Wohnsitz hat, wird aus begreiflichen Gründen damit nicht zufrieden sein, sondern Sie haftbar machen.

E. M. Z. Gegenwärtig wird überhaupt ein Zoll nicht erhoben.

Verantwortlich: für Politik, Handel, Kunst und Wissenschaft i. V. Theodor Kania; für Lokal- und Provinzialzeitung: Rudolf Herbrechtsmeyer. Für den Anzeigenteil: M. Grundmann. Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A., sämtlich in Poznań.